

Bezugspreis:
Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 30 Pfennig, vierteljährlich 1 Mark, halbjährlich 1 Mark 80 Pfennig, jährlich 3 Mark 50 Pfennig.

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Roth und Weiß' mit 'Stichtage und Kleingarten' sowie der Feilens 'Unterhaltung und Wissen' und 'Freizeit' 'Frauenstimme' erscheint wöchentlich einmal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen:
Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2306-2307

Sonnabend, den 7. Februar 1925

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 86 - Bankkonto: Direktion der Volksbank-Gesellschaft, Postfach 10000 Berlin

Anzeigenpreise:
Die einseitige Anzeigenzeile 10 Pfennig, Reklameweile 4.- Reichsmark, Kleinanzeigen des festgedruckten Wort 10 Pfennig (enthaltend zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfennig, Stellenangebote des ersten Wort 10 Pfennig, jedes weitere Wort 5 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Familienanzeigen für Abonnenten 20 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Bergarbeiterverband und Ruhrskandal
Eine Erklärung des Bergarbeiterverbandes.

Bochum, 6. Februar. (Eigener Drahtbericht.)
Der Bergarbeiterverband teilt mit: Durch die Tagespresse wird eine Weidung verbreitet, in der behauptet wird, der Bergarbeiterverband habe sich für die jetzt bekannt gewordenen Entschädigungen an die Ruhrindustrie eingesetzt. Er soll durch seine auf der Reichskonferenz vom 20. Oktober 1923 gefasste Entschädigung auf die damalige Regierung eingewirkt haben, damit diese einen derartigen Beschluß fasse. Demgegenüber stellen wir fest: Am 19. Oktober 1923 abends fand in Berlin in dem Gebäude der Fachgruppe Berlin eine Sitzung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern des Bergbaues statt. In dieser Sitzung berichtete Oberbergw. v. Belsen über die bis dahin stattgefundenen Verhandlungen der Sechserkommission mit der Ricum. Am Schlusse seines Berichtes machte er die Mitteilung, die Regierung habe erklärt, ab 20. Oktober die Zahlung der Zuschüsse an das Ruhrgebiet einzustellen. Eine Bezahlung der zu liefernden Reparationskosten könne ebenfalls nicht in Aussicht gestellt werden. Was dann werden solle, wisse man nicht, fügte v. Belsen hinzu. Stinnes erklärte dazu, in wenigen Tagen würde die arbeitende Bevölkerung des Ruhrgebietes, vom Hunger getrieben, zu den verzweifeltsten Mitteln greifen. Die Vosslösung des Rhein- und Ruhrgebietes und die Errichtung des Rhein-Ruhr-Staates sei die Folge. Komme es so weit, dann müsse sofort versucht werden, zu einer Regelung der Rhein-Ruhr-Wirtschaft mit den Franzosen zu gelangen. Für diesen Fall forderte er die Hilfe der Gewerkschaften. Generaldirektor Voegler bemerkte, daß, wenn der Rhein-Ruhr-Staat nicht zu umgehen sei, sofort mit den Franzosen in Verbindung getreten werden müsse über eine möglichst günstige Grenze dieses Rhein-Ruhr-Staates.

Die Arbeitnehmervertreter lehnten solche Gedankengänge ab. Angesichts der Tatsache, daß die Regierung die Zahlungen für das besetzte Gebiet einstellen wollte, und der drohenden Gefahr der Errichtung eines selbständigen Rhein-Ruhr-Staates sah sich der Bergarbeiterverband veranlaßt, in seiner am nächsten Tage in Berlin stattfindenden Reichskonferenz zu dieser Lage Stellung zu nehmen. Das Ergebnis der Stellungnahme wurde in einer Entschädigung niedergelegt und diese dem Reichsanwalt unverzüglich übermittelt. In der Entschädigung wird verlangt, daß das Reich die Bezahlung der Sachleistungen für die Reparationen übernimmt und diese nicht dem besetzten Gebiet überläßt. Die Nichtzahlung würde das Chaos im Ruhrgebiet und die Abtrennung des Rhein- und Ruhrgebietes vom Reich sowie die wahrscheinliche Errichtung eines Rhein-Ruhr-Staates unter französischer Oberhoheit bedeuten.

In der Entschädigung wird mit keinem Wort etwas über Entschädigungen gesagt.

In ihr kommt nur der Standpunkt zum Ausdruck, den der Bergarbeiterverband und auch die übrigen Bergarbeiterorganisationen stets vertreten haben, nämlich, daß es nicht angehe, das besetzte Gebiet zur Reparationsprovinz zu machen.

Täuschung der Öffentlichkeit.
Übermaß amtliche Irreführung im Ruhrskandal.

Die Reichsregierung läßt eine sogenannte 'Berichtigung' gegen die Erklärung der Genossen Hilferding, Robert Schmidt und Sollmann verbreiten. Diese sogenannte Berichtigung soll abermals den Eindruck erwecken, daß die sozialdemokratischen Minister in der Großen Koalition mit der Auszahlung einer Riesensumme an die Ruhrindustrie einverstanden gewesen seien. Die ganze Berichtigung behandelt im wesentlichen zwei Punkte: die bewußte Ausschaltung Robert Schmidts durch die Bürgerblockminister, sowie die Nichtbeteiligung der sozialdemokratischen Minister an der Abstimmung.

Zum ersten Punkt beschränkt sich die Regierungsberichtigung auf folgende laune Ausrede: 'Es kann jetzt nicht mehr aufgeklärt werden, warum es geschehen ist. Vermutlich liegen nur technische Gründe dafür vor.' Die Natur dieser 'technischen Gründe' geht aus folgendem hervor. In den wochenlangen Verhandlungen vor dem 20. Oktober sind die sozialdemokratischen Minister uninformiert geblieben. Auch aus 'technischen Gründen'? Der Brief des Herrn Stinnes vom 7. Oktober ist zum Beispiel - wie aus der Polemik zwischen Reichsanwalt und Telegraphen-Union hervorgeht - nur an vier Ministerien gegangen, nicht an das Ministerium der besetzten Gebiete, das dem Genossen Schmidt unterstand, nicht an das Ministerium des Innern, dem Sollmann vorstand.

Hat diese bewußte Uebergehung auch 'vermutlich technische Gründe'?

Die Minister, die aus 'vermutlich technischen Gründen' diese Uebergehung der Sozialdemokraten zu verantworten haben, sind heute die Minister des Rechtsblocks. Stresemann und Luther haben die Auszahlung von 700 Millionen an die Ruhrindustrie zu verantworten - eine Entschädigung, an die sie weder selbst noch auch Herr Stinnes im Oktober 1923 jemals gedacht haben. Der Versuch, die Verantwortung dafür auf die sozialdemokratischen Minister der Großen Koalition zu wälzen, ist eine Irreführung der Öffentlichkeit.

Zum zweiten behauptet die offiziöse 'Berichtigung', die Stimmenthaltung der sozialdemokratischen Minister am 1. November sei aus formalen Gründen erfolgt, da sie sich bereits in Demission befanden. Auch das ist eine Irreführung. Es bleibt dabei und es steht attermächtig fest, daß die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder zu Protokoll erklärten, daß sie keine Verantwortung für die vorgelegten Vertragsentwürfe übernehmen könnten und deshalb die Beteiligung an der Beschlußfassung ablehnten.

Worum veröffentlicht die Regierung nicht das Protokoll?

700 Millionen - und 12-Studentag.
Sie können nicht genug bekommen.

Die zum Stinnes-Konzern gehörige Deutsch-Lugem-bürgische Bergwerks-A.G. hat am 27. Januar ihren Verwaltungsbericht veröffentlicht. Herr Albert Böglar hat ihn unterzeichnet. Kein Wort über die Inflationsgewinne, über die Verwendung der Lohnsicherungen, der Ruhrkampfschuldungen, die Riesenentschädigung. Nur von 'Opfern' reden die Herrschaften: 'Das Ergebnis (langwieriger Verhandlungen mit den Besatzungsmächten) waren die besagten sogenannten Ricumverträge, die gerade vom Kohlenbergbau und der Eisen-schaffenden Industrie gewaltige Opfer forderten. Diese Leistungen bewirkten sowohl beträchtliche Substanzverluste als eine ständig wachsende finanzielle Anspannung, die in ihrer Auswirkung durch die jedes früher gefasste Maß überschreitenden Sätze für Leihgeld ständig gesteigert wurden.'

Um so ausführlicher beschäftigt sich der Bericht mit den 'ständig steigenden Ausgaben für Löhne und Gehälter, den gewaltigen Steuern und sozialen Abgaben' und vor allem mit der mangelnden Arbeitsleistung. Den Arbeitern wird wiederum die Schuld für den im Mai vorigen Jahres von den Bergherren heraufbeschworenen Arbeitskampf in die Schuhe geschoben, und die Regierung erhält trotz ihrer generösen Ruhrspende einen schweren Rüssel. Im Deutschland vor dem wirtschaftlichen und damit auch vor dem politischen Untergang zu retten.

Ist es nötig, daß nicht die in den weitesten Volksteilen vorhandene Arbeitswilligkeit durch Eingriffe der Behörden oder der Gesetzgebung beeinträchtigt wird, wie das in jüngster Zeit durch die Beschlüsse über die Verkürzung der Arbeitszeit in den Hochofenbetrieben und in den Koksereien geschehen ist?

Also 700 Millionen Entschädigung und den Inflations- und Ruhrkampfgewinn, und auch noch 12-Studentag, Lohnruhr, Abbau der Sozialpolitik und Steuerherabsetzung!

Sie können nicht genug bekommen, und der Rechtsblock soll ihnen zu weiterem Raubzug verhelfen.

Auslandsanleihe und Ruhrgeelder.
Eine Erklärung der Regierung.

Amüßlich wird mitgeteilt: In einigen ausländischen Blättern wird die Ansicht verbreitet, daß die im Sachverständigenrat vorgelegene Anleihe von 800 Millionen Goldmark dem Reich dazu diene, die Ausgaben der Großindustriellen während des Ruhrkampfes zu decken. Diese Ansicht beweist eine auffallende Unkenntnis des Sachverständigenratgutachtens und der im Zusammenhang damit stehenden Verhandlungen. Die 800-Millionen-Anleihe dient nach dem Gutachten 1. der Sicherstellung der Währungsstabilisierung, 2. der Finanzierung der Deutschland nach dem Gutachten obliegenden Sachleistungen. Dies ist, dem Sachverständigenrat entsprechend, dadurch erzielt worden, daß die Depots, welche die Anleihezeichner einzahlten, der Reichsbank zugeführt worden sind. Die Reichsbank hat den Goldgegenwert in Reichsmark auf ein besonderes Konto der Reichsregierung eingezahlt, aus dem die im laufenden Reparationsjahr gemäß dem Gutachten sich ergebenden Verpflichtungen Deutschlands abgedeckt werden. Dieses Konto steht gemäß den Londoner Anleiheverhandlungen unter der Kontrolle des Generalagenten. Es ist also keine Rede davon, daß die deutsche Anleihe von 1924 zu anderem als dem bestimmungsmäßigen Zwecke diene oder dienen könne.

Die Nugnießer der Inflation.
Von Robert Schmidt.

In der Zeit der fortgesetzten Entwertung unserer Mark haben viele mit Geschick in skrupelloser Ausnutzung der Situation große Vermögen zusammengerafft und ihren Besitz mit nicht gerade einwandfreien Mitteln enorm erweitert. Da treten zunächst die Männer der großen Konzerne hervor, die heute als die führenden der deutschen Wirtschaft bezeichnet werden.

Wie war es möglich, daß in einer Zeit starker wirtschaftlicher Zerrüttung ein Aufbau der Konzerne in bisher unbekanntem Umfang sich vollzog und eine Kapitalkonzentration in den Händen einiger Industrieller sich anhäufen konnte, die weit über den normalen Gang der kapitalistischen Entwicklung hinausging? Das war nicht mehr der Profit aus den alten Unternehmungen, der Neuanlage auf dem Kapitalmarkt suchte, das waren auch keine Neugründungen von Unternehmungen, für die im Publikum gewonnen wurde, sondern ein Zusammenraffen bestehender Gesellschaften unter die Gewalt einiger Industriemagnaten.

Niemand wird den Nachweis führen können, daß die Leiter der Konzerne, die Milliarden von Aktienkapital zusammenbrachten, dies aus ihrem eigenen Vermögen bestreiten konnten. Die Herren haben es verstanden, ansehnliche Kredite stüffig zu machen, die ihnen die Möglichkeit boten, diese Herrschaft der Kapitalkonzentration aufzubauen.

Vor allem war es die Reichsbank, deren Leitung nie einen klaren Blick hatte für die in der Inflationsperiode nötigen Maßnahmen und die das Geld mit vollen Händen herausgab. Man gewährte Kredite, die nach einigen Monaten in erheblich entwerteter Mark zurückgezahlt wurden, man gewährte neue Kredite, die einen noch größeren Gewinn beim Fälligwerden boten und so wiederholte sich der Raubzug mit immer gesteigerten Nutzen für den Schuldner. Mit diesen Krediten wurden die großen Aktienpakete aufgelaufen, oder die Gelder in Depots angelegt, um gegen den Verfall der Mark gesichert zu sein. Es wurden Rohmaterialien gekauft, die nach einigen Monaten mit riesigem Nutzen veräußert werden konnten. Die ungeheure Nachfrage nach Depots, die durch diese Transaktionen entstand, mußte auf dem Geldmarkt in Deutschland in immer schnellerem Tempo den Verfall der Mark herbeiführen. Dieser Vorgang erklärt, weshalb so viele ein Interesse an der sinkenden Baluta hatten. Die Banken waren mit in diesen Geschäftsgang verstrickt, sie entzogen sich diesem Treiben nicht.

In der Verwaltung der Reichsbank sahen die führenden Personen der Bankwelt, die sich gegen jeden Vorschlag, wertbeständige Kredite zu geben, wertbeständige Konten anzulegen oder wertbeständige Schatzwechsel auszugeben, mit aller Entschiedenheit auflebten. Erst mußte der große Raubzug mit all seinen Chancen für wilde Spekulation zu einer Höhe gelangen, die nicht mehr überboten werden konnte, und die ein Ueber schlagen des Betriebes deutlich erkennen ließ.

Den Aktiengesellschaften kam ferner zustatten, daß sie ihre Obligationenschuld mit ein paar Papiermark ablösten; die Hypothekengläubiger der Landwirtschaft und städtischen Grundbesitzes traf dasselbe Los. So wurden Tausende von Sparern, die sich an der wilden Börsenspekulation nicht beteiligten und kaum ahnten, was ihnen bevorstand, um ihr Vermögen betrogen.

Wenn aber jetzt von der Aufwertung die Rede ist, dann kommen die Parteien, die die Nugnießer der Inflation als ehrenwerte Parteigliedrige in ihrer Mitte haben, mit den glänzendsten Versprechungen! Der Kreis der hier genannten Schuldner lehnte jedoch die Aufwertung ab und sähe es am liebsten, wenn die Reichsfinanzverwaltung mit dieser Aufwertung allein belastet würde. In der niederträchtigsten Weise versteht man es in der Rechtspresse diesen Betrug, der an den Gläubigern, den kleinen Sparern, vollzogen würde, der Republik oder den Ministerien zur Last zu legen, an denen die Sozialdemokratie beteiligt war. Gedankenlos folgt ein nicht geringer Teil des Publikums dieser Irreführung, weil ihm nicht bekannt ist, daß die Sozialdemokratie wertvolle Vorschläge zur Stabilisierung der Mark dem Ministerium unterbreitete, als die ersten Anzeichen des schnellen Tempos der Entwertung der Mark sich deutlich erkennen ließen. Alle diese Vorschläge sind an dem Widerstand der Industrie- und Bankwelt und nicht zuletzt der bürgerlichen Parteien gescheitert! Der Eingriff kam später und leider zu spät.

Man entrüstet sich über die Fälle Barmat, Kusischer, Seehandlung, Landschaftspfandbriefbank usw. und freut sich, daß die großen Raffes nicht in den Fängen des Staatsanwalts hängen blieben. Ich habe keine hohe Meinung von Leuten, die in der Inflationsperiode zu diesen Vermögen gekommen sind, dies gilt ohne Ausnahme von allen Konzernen, ob sie Barmat, Stinnes oder sonst einen Namen führen. Auf einwandfreie Weise hat sich dieser

Vermögenszuwachs nicht vollzogen und je größer er ist, um so gewiegt und raffinierter sind die Geschäftspraktiken gewesen. Da sind nun bei der Stabilisierung der Markt einige zu Bruch gegangen. Das war vorauszu sehen, für keinen Volkswirtschaftler war es eine Überraschung. Das sind diejenigen, die sich in der Spekulation zu weit vorgewagt hatten und vielleicht auch strafrechtlich nicht mehr den Abstand innegehalten haben, der anderen mit Geschick gelang. Die angesehenen Führer der großen Konzerne haben zur rechten Zeit gestoppt und als sie nicht mehr bei der Reichsbank die Kredite bekamen, um ihre Unternehmungen zu konsolidieren, konnten sie es im Ausland mit einigem Erfolg betreiben. Sie sind die ehrenwerten Männer, die im Reichsverband der Industriellen, deren Anhang es verstand, zeitig vom Judentum zur christlichen Kirche überzuwechseln und sich als Rückendeckung die Mitgliedschaft zu rechtsstehenden Parteien sicherten. Das sind die Leute, die Geschäft und Politik in eins betreiben, die in den Ministerien ein- und ausgehen und auf deren Wort gehört wird. Das sind die Leute, die mit Leichtigkeit 700 Millionen für die notleidenden Industriemagnaten locker machen, und die es verstanden haben, während der Ruhrbesetzung ihre Betriebe auf Staatskosten auszubauen und auch sonst im Reinen immer die offene Hand haben.

Sonderbar, die rechtsstehende Presse entrüstet sich, daß ein Sozialdemokrat im Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft sitzt, als ob es an sich etwas Verwerfliches wäre, während in den Reihen der bürgerlichen Parteien Leute mit Dutzenden von Aufsichtsratsposten bedacht sind und aus diesen Stellungen ihren nicht gerade einfachen Lebensunterhalt bestreiten. Aber gut, man kann die Belehrung annehmen, und man wird es vom Standpunkt der Sozialdemokratischen Partei nicht angenehm empfinden, einen solchen Posten, abgesehen von gemeinnützigen Unternehmungen, in den Händen von Parteigenossen zu sehen. Nur scheint es mir eine maßlose Uebertreibung, es so hinzustellen, als ob damit eine Verfehlung in der üblichsten Weise konstatiert werden kann.

Die Standalpresse hat mit sittlicher Entrüstung darauf hingewiesen, daß Barmat 1920 Lebensmittel nach Deutschland einfuhrte und dazu die Unterstützung des Reichswirtschaftsministeriums, dessen Leitung ich damals inne hatte, verlangen konnte. Das Ministerium hatte unmittelbar mit der Einfuhr nichts zu tun, die Einfuhr wurde besorgt von den Reichsstellen und eine Zeilung von dem sogenannten „diktatorischen Ausschuss“, in dem Vertreter des Finanz-, Verkehrs- und Wirtschaftsministeriums und der Devisenstelle saßen. Daß hier Barmat bevorzugt wäre, ist ausgeschlossen, ebenso wenig geschah es von den Reichsstellen. Vom Ministerium ist nie eine Anweisung ergangen, Barmat zu bevorzugen. Mit unserer Lebensmittelinfuhr war es damals schlecht bestellt. Der Abschluß von Geschäften wurde erschwert, da nicht die hinreichende Zahl von Devisen herbeigeschafft werden konnte, Kredite wurden uns im Ausland nicht gegeben. Bei der fürchterlichen Entbehrung an Fleisch und Fetten, die entstand, weil im Inland keine Vorräte waren, konnte man nur im Ausland kaufen. Holland und Dänemark waren die Länder, die auch während der Blockade, die noch neun Monate nach Abschluß des Waffenstillstandes aufrechterhalten wurde, die Zufuhr ermöglichten. Die Reichsstellen machten den Versuch, direkt mit den Fleischereien in Amerika in Verbindung zu treten; das war nicht möglich, weil die Vertreter der Reichsstellen keine Einreiseerlaubnis erhielten.

Als dieses Hindernis später beseitigt wurde, konnte der Leichte Abschluß erfolgen, und damit fielen die Verbindungen mit holländischen und dänischen Händlern fort. Es war ganz selbstverständlich, daß in den Reichsstellen jede Offerte geprüft wurde und annehmbare Angebote nicht zurückgemiesen wurden. Ich weiß nicht, ob Barmat große Abschlüsse über die Reichsstelle gemacht hat. Mir ist indes keine Beschwerde zugeleitet über eine Beanstandung der Lieferun-

gen Barmats, denn alle Warenengänge wurden von Beauftragten der Reichsstellen gewissenhaft geprüft.

Einen Dienst hat uns Barmat damals geleistet, als er zu Geschäftsabschlüssen mit den Gemeinden im Industriebezirk und den Leitungen industrieller Unternehmungen überging. Wer die entsetzliche Notlage damals in Erinnerung hat und nicht zu den Selbstverforgern als Landwirt gehörte, weiß, was unsere Arbeiterbevölkerung zu ertragen hatte und wie schwer es an leitender Stelle wurde, die notwendigen Lebensmittel herbeizuschaffen. Heute ergehen sich leichtfertige Personen, die nie die Not des Volkes kennen lernten, in heuchlerischer Entrüstung, obwohl sie damals nicht das geringste unternahmen, diesem Notstand abzuhelfen. Die Deputationen aus diesen Kreisen hatten, wenn sie im Ministerium vortraten, nur die eine Sorge, die Preise in die Höhe zu schrauben, das andere ging sie nichts an.

Es ist eigenartig, wie schnell in der Bevölkerung diese Dinge vergessen werden. Und noch eins: Der Reichstag setzte 1921 eine Kommission ein, die das Geschäftsgebahren sämtlicher Reichsstellen prüfte. Der Kommission ist laufend Bericht erstattet und hierbei wurden Beanstandungen wesentlicher Art nicht erhoben. Wäre Barmat bei den Lieferungen bevorzugt, so wäre das den Revisoren, die von der Kommission eingesetzt waren, sicher nicht entgangen. Hinzugefügt darf noch werden, daß die Lieferungen, die Barmat für Sachsen übernahm, seinerzeit Gegenstand einer eingehenden Untersuchung einer vom sächsischen Parlament eingesetzten Kommission wurden, ohne daß irgendeine Verfehlung festgestellt wurde. Im übrigen, daß Barmat Jude ist und aus Rußland stammt, wäre für mich nie ein Grund gewesen, anzunehmen, daß mit Barmat jede Geschäftsverbindung unterbrochen würde. Ich habe in meiner Tätigkeit im Ministerium bei Beschwerden über Geschäftsabschlüsse unsaubere Gefellen kennen gelernt, die auch dem üblichsten Ostjuden noch als Lehrmeister dienen könnten.

Möglich, daß Barmat später strafrechtliche Verfehlungen begangen hat. Aber als damals die Geschäfte abgewickelt wurden, ist mir von keiner Stelle, auch von keiner Gemeinde oder einem Industriellen, die mit ihm geschäftlich in Beziehung traten, eine Verfehlung bekannt gegeben. Eine auf Tatsachen beruhende Beschwerde hätte genügt, um ihn hinauszuwerfen. Kein Kaufmann ist im Geschäftsleben sicher, daß er in Beziehungen zu jemand tritt, der sich nachher als unzuverlässig herausstellt. Bisher aber fehlt der Nachweis, daß sich die Reichsstellen durch die mit Barmat abgeschlossenen Lieferungen betrogen ließen. Was nachher von Barmat unternommen wurde, steht auf einem ganz anderen Blatt und ist nicht mehr in Verbindung zu bringen mit der Lebensmittelzufuhr, die unter scharfer kaufmännischer Kontrolle stand. Zudem waren wir damals froh, daß wir Lebensmittel bekamen, im Uebermaß wurden sie uns nicht angeboten. Bemerkenswert ist, daß bei den umfangreichen Geschäften, die die Reichsstellen damals abschlossen, viele Beschwerden aus parlamentarischen Kreisen an mich gelangten, die eingehend geprüft wurden, aber ich erinnere mich nicht, daß ich nötig hatte, in die Geschäftspraxis der Reichsstelle einzugreifen. Zudem waren die Geschäftsabteilungen der Reichsstellen auch von Vertretern der Industrie und des Handels besetzt, die schon ihre Interessen wahrten.

Die Behauptung in der deutschnationalen Standalpresse, daß ich mit Barmat in persönlichen Beziehungen stand und die Andeutung, daß daher seine Beziehungen begünstigt wurden, ist freierfunden; es ist das die niederträchtige Art der Verleumdung, die jener Presse eigen ist. Grundsätzlich habe ich jeden Verkehr mit Personen abgelehnt, die Lieferungen für die Reichsstellen übernahmen. Geschäft und Politik müssen für den verantwortlichen Leiter eines solchen Ministeriums getrennte Dinge sein.

Christian Rohlf's.

Ausstellung im Kronprinzenpalais.

Wieder so einer von den grünen Jungen. Schrecklich, diese Expressionisten. Sieh mal, das sollen Tulpen sein. Na, auch diese Robe wird Gott sei Dank vorüber gehen. Solche Worte sprach eine Dame zu ihrer Begleiterin, als sie die neue Ausstellung im Kronprinzenpalais betrat. Sie wußte nicht, daß dieser grüne Junge schon 75 Jahre hinter sich hat. Sie wußte es nicht und sie konnte es nicht ahnen, denn die Werke sind tatsächlich von einem ganz jugendfrischen und jugendstarken geschaffen.

Erst im hohen Alter ist Christian Rohlf's berühmt geworden. Die größte Zeit seines Lebens war er „unzeitgemäß“. Vom Gesichtspunkt des damals allein herrschenden Naturalismus erschienen die Werke, die er vor einem Menschenalter schuf, flau und mittelmaßig. Es steht in ihnen nicht die blühschöne und scharfe Naturerfassung und trefflichere Wiedergabe eines Liebesmanns. Was aber in ihnen steht und was jene Zeit nicht sehen konnte, das empfinden wir heute schon vor den frühen Handzeichnungen, die im Blauen Zimmer der Galerie ausgestellt sind: den feinen Sinn für rhythmische Bildgliederung und die tiefe Befassung alles Gegenständlichen. Jeder Baum, jede Wolke, jedes Haus und selbst die herblich schmüßige Straße erscheint als ein individuelles Lebewesen, das Freude und Leid zu empfinden vermag. Klagegedes Baumgast, stillvergnügte Häuser, triumphierende Wollenzüge, geräde, in Quallen sich windende Landwege. Und in den Gemälden lebt jede Form ihr eigenes Leben. Das sind keine Lürme, keine Früchte, keine Blumen. Das ist düsterrot lodernde Brunn, goldgelber Jubel, violette Kräuter. Aus dumpf lastendem Braun schauen reine hellflügelnde Flämmchen sich nach Erlösung. Majestätisches Lichtes Grün, in breiter Fläche anmarschierend, bekämpft siegreich blau-schwarze Finsternis.

Jedes Bild ist ein einheitliches, rhythmischer Organismus aus Formformen. Nicht der äußere Eindruck des Naturbildes ist wiedergegeben, sondern sein seelisches Leben, die innerste Struktur seines Wesens wird nachschaffend gestaltet. Eine neue Schönheit spricht zu unseren Sinnen. Eine unerhörte Ausdruckskraft der Linien und Farben bewegt unsere Seele in ihrer tiefsten Tiefe. Der dieser Kunst Fremde tut gut, erst die rein sinnlichen Reize eines Bildes auf sich wirken zu lassen. Dann versuche er, in sein Gefühlleben einzudringen. Er wird ein großes, unergreifliches Erlebnis mit nach Hause nehmen. Wer darüber hinaus biographische, maltschische und historische Orientierung über das Schaffen von Christian Rohlf's sucht, dem mag der vorzügliche Aufsatz mit dem Ludwig Thorndahl in den „Wustrierten Katalog der Ausstellung“ einleiten, die gewünschte Belehrung geben.

John Sitawski.

Der Erste Männergesangverein und der Erste Gesangverein für gemischten Chor hatten sich zu einem stattlichen Tonkörper in der Philharmonie vereinigt. Unter Leitung von Professor Max Stange erklang der Chor gerundet im Klang und stoff diszipliniert, wenn man ihm auch ein übriges an Charakteristik und lebendigem Herausarbeiten aus der textlichen Unterlage gemäht hätte. Doch ist das bei solchen Chorformationen in wenigen Proben immer schwer zu erreichen. Besonders die Kapitol Georg Wilhelm Schmidts Ode „An Polynhymnia“ hätte wohl ein eingehenderes Studium vertragen, das nach der stanglichen Seite sowohl als auch im Sinne einer weiteren geistigen Vertiefung. Schmidt arbeitet in seinem Werk mit maßvoller neuzeitlichen Mitteln, sucht Einzelheiten seiner Textvorlage zu erfassen, ohne darüber den großen Zug in der Gestaltung zu verlieren. Bei einem vorausgehenden eingehenderen Studium vermag das Werk wohl noch stärker zu festeln als an diesem Abend. Die Veranstaltung wurde eröffnet mit Stanges Dankpsalm „Juchzet dem Herrn alle Welt“, der schon im Jahre 1884 stark Brahmsche Bahnen wandelte und der die Zuhörer immer wieder durch seinen prächtigen Klang und durch seine Drastik in der Chorgesetzung packen wird. Ob es nicht besser wäre, Max Bruchs „Schön Allen“ und noch mehr Gades „Erlkönigs Tochter“ endlich in der Vertiefung verschwinden zu lassen? Besonders die verlässliche und fode Romantik des letzteren, diese abgelebene mustaltische Brautellmonade hat doch auf uns weder Wirkung noch bringt sie für uns irgend welchen Wert. Mag den von den Solostimmen getragenen Teilen des Gadeschen Werks noch eine gewisse Dramatik innewohnen, deren Schlagkraft nicht völlig geschwunden ist, so sind doch Prolog und Epilog das Anerkennungsgleiches, was man sich auf dem Gebiete der Chorliteratur denken kann. Hier und bei Bruch Ausdruck eines feinst gemordenen, bürgerlich-sentimentalen, ganz ins äußerliche verfallenen Empfindens. Ruhe es nunmehr in Frieden! — Das Philharmonische Orchester gab dieser vergangenen Nacht einen Glanz, der ihr noch ein Mindestes an Erträglichkeit verleiht. Wilhelm Guttmann hatte besonders gegen den Schluß des Abends starke Momente einer großen stimmlichen und geistigen Gestaltungskraft. Pauline Dohert entzückte durch metallischen Glanz ihrer Mittel wie durch lebendige Darstellung. In Martha Seile-Breslau stellte sich eine Sopranistin mit prächtigen Mitteln und starker Ruffastigkeit vor. Es wäre verfrüht, über ihre künstlerischen Qualitäten ein abschließendes Urteil zu fällen. Max Stange leitete den Abend umsichtig und inspirierte den Chor stark. S. G.

Die Liebe in Rußland. Die gewaltigen Umwälzungen, die durch die Sowjetregierung in Rußland hervorgerufen worden sind, haben auch zu einschneidenden Wandlungen in der ganzen Lebensauffassung geführt und besonders auf dem Gebiete des Verhältnisses der Geschlechter Formen entstehen lassen, die sich von den westeuropäischen stark unterscheiden. In der „Zeitschrift für Politik“ macht ein genauer Kenner, der Moskauer Gelehrte Dr. Fawel Telegin, über diese „Auswirkungen neuer Lebensgestaltung“ interessante Mitteilungen. Vor allem konstatiert er, daß die Liebe im alten Sinne, wie sie von den westeuropäischen Dichtern geschildert wird, aus Sowjetrußland verschwunden ist. „Dieses Symptom“, schreibt er, „ist eine sehr frühe Erscheinung und ein Fingerzeig für die Entwicklungstendenz des Geschlechtslebens nicht nur in Sowjetrußland, sondern auch in West-

Preussische Justizpflege.

Genosse Robert Schmidt hat durch seinen Rechtsbeistand, den Abgeordneten Dr. Landsberg, die Berliner Staatsanwaltschaft erlucht, gegen den „Tag“ im öffentlichen Interesse Anklage wegen Beleidigung zu erheben, da die Behauptung des „Tag“, er sei mehrfach Gast von Barmat im Hotel Bristol gewesen, ihn in seiner amtlichen Eigenschaft als Minister der Korruption verdächtige und in seiner Ehre herabsetzen wolle.

Die Staatsanwaltschaft hat auf dieses Ersuchen mitgeteilt, daß sie in der betreffenden Notiz eine Beleidigung nicht erblicken könne, und daß deshalb die Möglichkeit nicht bestünde, öffentliche Anklage zu erheben. Genosse Robert Schmidt hat gegen diese Entscheidung Beschwerde eingelegt und ist entschlossen, diese Beschwerde bis zum preussischen Justizminister durchzuführen.

Die schwerindustrielle Presse darf also frühere sozialdemokratische Minister beleidigen, ohne daß ihnen die preussische Justizpflege den Schutz der Gerichte zubilligt.

Bauers Nachfolger.

Als Nachfolger des Abg. Bauer (Soz.), der sein Mandat niedergelegt hat, kommt für den Reichstagswahlkreis Magdeburg in erster Linie der Bezirksparteisekretär Genosse Gustav Ferl-Magdeburg in Betracht. Da dieser jedoch ein Landtagsmandat inne hat, wird er sich entscheiden müssen, ob er das Reichstagsmandat annehmen oder das Landtagsmandat behalten will. In ersterem Falle würde der Genosse Ritsch, Magdeburg in den Landtag nachrücken.

Die falsche Adresse.

Voelky — nicht Braun.

Einige Rechtsblätter, so der „Total-Anzeiger“, die „Deutsche Tageszeitung“, die „Deutsche Zeitung“, versehen, wie auf Verleumdung, die Mitteilung des Anstaltspreussischen Pressedienstes über den Antrag des Kultusministeriums an den Reichstag, die Durchführung eines Disziplinarverfahrens gegen den Breslauer Universitätsprofessor v. Freitagsh-Loringhoden durch Aufhebung seiner Abgeordneten-Immunität zu ermöglichen, mit Stoffen, die sich gegen den Ministerpräsidenten Braun richten. Ihm wird, da er provisorisch das Kultusministerium übernommen hatte, ein „politisches Tendenzverfahren“ vorgeworfen, es wird ironisch von der letzten „Lat“ des „Kultusministers“ Braun gesprochen.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst feststellt, ist das Disziplinarverfahren gegen den Breslauer Professor auf Grund einer Reihe von Zeitungsartikeln sofort nach Auflösung des Reichstages, also unter dem Kultusminister, Herrn Voelky, eröffnet worden. Prof. Frhr. v. Freitagsh-Loringhoden machte geltend, daß er als Mitglied des Zwischenausschusses für Auswärtige Angelegenheiten Immunität genieße. Daraus wurde am 1. Dezember 1924, also noch vor den Wahlen, an den Zwischenausschuss ein Antrag auf Aufhebung der Immunität gerichtet. Der Zwischenausschuss lehnte den Antrag ab, weil es sich um keine Eklage handelte und er dem Reichstag nicht vorgreifen wolle. Der Antrag, der nun am 30. Januar 1925 an den Reichstag gerichtet wurde, war eine selbstverständliche und automatische Folge der Schritte, die unter dem Kultusminister Voelky pflichtgemäß unternommen worden waren.

Bürgerblock-Unfall.

Oldenburg, 6. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Rüstinger Stadtvertretung hat zur Untersuchung der Kreditangelegenheit des Führers der Bürgerlichen Vereinigung innerhalb des Stadtparlaments, des Kaufmanns Huppen, auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion einen Untersuchungsausschuss eingesetzt. Die Bürgerliche Vereinigung ließ im Stadtrat erklären, daß sie Herrn Huppen nicht mehr als zu ihr gehörig betrachte. Eine sehr bezeichnende Erklärung!

Europa. Ebenso wie auf den Straßen Moskaus jemand, der in Spalder und Frad herumläuft, eine unwürdige Erscheinung sein würde, eine facklingsfigur, ebenso wird die Verliebtheit in dem überweltlich-sentimentalen Sinn, wie sie noch in den deutschen Kleinstädten lebt, in Rußland als eine Krankheit angesehen. Das Liebesgedichteschreiben und Ständchengeben ist in Rußland ausgestorben. Die Jugend, besonders die Studenten und Arbeiter, lehnen sich bewußt von der „Verliebtheit“ ab und erklären, daß die Liebe nicht so wichtig sei, wie man früher gemeint habe, sondern daß sie von zielbewussten und arbeitamen Menschen als nebensächlich betrachtet werden müsse. Eine nüchterns und offene Sprache wird zwischen den Geschlechtern geführt, aber ohne Durbheit. Der junge Mann macht dem Mädchen, das er zur Frau begehrt, keine schwungvolle Liebeserklärung, sondern er fragt etwa: „Was wäre denn, wenn Kinder kommen?“ „Ich bemerke“, schreibt Telegin, „daß hunderte von Fällen dieser Art in der Moskauer Jugend mir bekannt sind; demgegenüber konnte ich keinen einzigen Fall notieren, wo des romantische Schwärmen noch eine Bedeutung hatte.“ Auch von der „freien Liebe“ will man in Rußland nichts mehr wissen. Die kommunistischen Versuche, die in dieser Hinsicht gemacht wurden, haben zu den schlimmsten Erfahrungen geführt. „In der ganzen russischen Jugend“, erklärt der Verfasser, „die der Heiligkeit dieser Idee traugend, einige Jahre der revolutionären Zeit unter der Parole der freien Liebe verbrachte, ist ein grauamer Katzenjammer entstanden. Der freien Liebe folgte eine viel kleinbürgerlichere Eheform, als dies in Europa der Fall ist.“ Der Verband der Familie hat sich nicht aufgelöst, sondern eher befestigt, und auch von einer wirtschaftlichen Gleichberechtigung der Frau ist keine Rede.

Hast bis zu sechs Monaten — für Bücherbeschädiger! In Amerika bestehen äußerst strenge Strafen für Leute, die Bibliotheksbücher betrügen oder sonstwie beschädigen oder nicht rechtzeitig zurückgeben. Der Sigal Wassadukets hat für solche Delikte sogar eine Hofstrafe von sechs Monaten festgelegt, die freilich durch Geldstrafen (bis 50 Dollar) abgelöst werden kann. Ursprünglich betrug das Strafmaß sogar 1000 Dollar. Die amerikanischen Bibliotheken zögen jedes Vergehen prompt an, wodurch das Publikum zur äußersten Sorgfalt den Büchern gegenüber erzogen worden ist.

Museumsführungen. Sonntag, den 8., vorm. 10 Uhr, fänden miltenshallische Führungen durch Direktorialbrände im Neuen Palais in (Die gewöhnliche Führer) Dr. Schalk und im Kaiser-Friedrich-Museum (Almaline Kupff) Dr. Kühnel statt. Zutritt ist zu 50 Pf. und vor Beginn am Eingang der genannten Museen in beschränkter Anzahl erhältlich.

Das Deutsche Opernhaus gibt bekannt, daß es für die bisherigen Abonnenten der Großen Volksoper Sitzplätze zur Verfügung hat, die sofort bestellt und erworben werden können. Das Stammgastbureau des Deutschen Opernhauses nimmt täglich — außer an den Sonn- und Feiertagen — von 10-2 Uhr und von 6-8 Uhr Abonnementsanträge entgegen.

Berlin-Wiener Theateranstalt? Nach Wiener Meldungen finden Verhandlungen wegen eines wechselseitigen Gastspiels zwischen dem Wiener Burgtheater und dem Berliner Staatlichen Schauspielhaus statt. Das Ensemble des Burgtheaters unter Leitung Peterich soll in den ersten Vorstellungen in Berlin über sechs Vorstellungen verankert, während zur selben Zeit Rehner mit dem Ensemble des Berliner Schauspielhauses im Burgtheater spielen wird.

Der Goldaufkaufl-Scandal.

Ein Brief Dr. Fleischers an Dr. Stresemann.

Die Reichsregierung hat gestern mittag erklären lassen, daß die von uns veröffentlichte, von drei Reichsministern unterzeichnete Empfehlung für die Depositen- und Handelsbank echt ist. Sie hat weiter erklärt, daß diese Empfehlung, die am 26. Oktober gegeben wurde, am 12. November zurückgezogen ist. Zum Verständnis dieser Erklärung sowie der Beziehungen, die zwischen der Depositen- und Handelsbank und Reichsstellen bestanden, sind folgende Darlegungen notwendig:

Im Sommer 1923 kaufte Johannes H. Wolpe die gesamten Aktien der Depositen- und Handelsbank. Die endgültige Gründung fand am 15. August 1923 statt, nachdem es Herrn Wolpe nach vielen fehlgeschlagenen Versuchen gelungen war, die Kaufsumme von 1 Milliarde Mark flüssig zu machen. Bis Mitte Oktober verfügte weder die Bank noch Herr Wolpe über eigene Mittel, so daß die laufenden Verpflichtungen der Bank nicht erledigt werden konnten.

Die Bank besaß jedoch durch ihr Aufsichtsratsmitglied, Dr. Fleischer, den früheren Zentrumsreichstagsabgeordneten, gute Beziehungen zum Postministerium. Ende Oktober 1923 kam zwischen der Depositen- und Handelsbank und dem Reichspost- und Verkehrsministerium ein Vertrag zustande, durch welchen die Bank beauftragt wurde, für Rechnung des Reichs Edelmetalle einzukaufen. Der Auftrag wurde von Dr. Höffle erteilt. Er wurde in der Bank photographiert, die Reproduktionen wurden zu Reklamezwecken benutzt. Der Agent des Goldgeschäftes war der Reichstagsabgeordnete Dr. Fleischer, der für seine Tätigkeit eine laufende Provision bezog. Der Bank wurden zum Zweck des Goldaufkaufls im voraus größere Beträge, etwa jedesmal in der Höhe von 1 Million Goldmark zur Verfügung gestellt. Diese Beträge wurden von Wolpe absichtlich viel kleiner als den Auftragsgebern abgehoben, als es überhaupt möglich war, sie beim Metalleinkauf zu verbrauchen. Nur der kleinste Teil dieser Gelder wurde für den Metalleinkauf verwendet, der weitaus größere Teil wurde an Kreditfischer gegen die damals üblichen Tageszinsen von 20 bis 35 Prozent ausgeliehen. Dies Zinsgeschäft, das offenkundigen Kreditbetrug an den Reichsstellen darstellte, brachte der Depositen- und Handelsbank in markanten Fällen Tagesverdienste in der Größenordnung von $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{2}$ Million Goldmark.

Der so erzielte Zinsgewinn wurde von der Depositen- und Handelsbank unter Verstoß gegen die Devisenverordnung in Devisen angelegt, die im Schwarzverkehr aufgetauft wurden.

Die Depositen- und Handelsbank ließ durch Herrn Fleischer Dr. Höffle drängen, ihr das Devisenrecht zu verschaffen, um ihre Transaktionen zu erleichtern. In diesem Zusammenhang wurde die Empfehlung, die von Dr. Höffle unterschrieben und von den Herren Stresemann und Deiser mitgezeichnet wurde, gegeben. Auch diese Empfehlung wurde photographiert und zu Reklamezwecken benutzt. Als Geheimrat Fellingner sich der Erteilung des Devisenrechtes empört widersetzte, unternahm es Herr Dr. Fleischer, den Reichskanzler Stresemann gegen Herrn Fellingner ins Treffen zu führen. Zu diesem Zwecke schrieb Dr. Fleischer am 12. November 1923 folgenden Brief an den Reichskanzler Dr. Stresemann:

12. November 1923.

Herrn Reichskanzler Dr. Stresemann,
Berlin W. 8, Reichskanzlei.

Sehr verehrter Herr Reichskanzler!

Da ich leider keine Gelegenheit finde, mich mit Ihnen telephonisch oder persönlich in Verbindung setzen zu können, bitte ich, Ihnen hierdurch folgendes vorzutragen zu dürfen:

Der auf Ihre Veranlassung durch das Reichspostministerium und das Reichsverkehrsministerium mit Hilfe der Depositen- und Handelsbank eingeleitete Goldaufkaufl hat bis jetzt die besten Ergebnisse gezeitigt und alle Erwartungen weit übertroffen. Wenn dieser Aufkauf nur noch zwei Monate fortgesetzt werden kann, sind Sie in der Lage, über einen Goldbestand zu verfügen, der Ihre politische Position unangreifbar macht. Ich halte mich für verpflichtet, Ihnen dies gerade jetzt mitzuteilen, da von den verschiedensten Seiten gegen Sie Sturm gelaufen wird. Damit Sie aber einmal auf Grund eigener Anschauung die Möglichkeiten überprüfen können, die sich aus dem bisherigen und weiteren Goldaufkaufl für Sie und die deutsche Reichspolitik ergeben, halte ich es für dringend geboten, daß Sie das bisherige Ergebnis einmal selbst beäugeln. Sie werden dann erst zu ermessen vermögen, was die zuständigen Stellen bislang versäumt, und was noch in allerhöchster Zeit geleistet werden muß. Vielleicht haben Sie die Liebenswürdigkeit, mir (Telephon: Steinplatz 12 363) oder Herrn Bankdirektor Wolpe (Telephon: Zentrum 8888) eine telephonische Mitteilung zukommen zu lassen, wann Sie das bisher Gekaufte zu beäugeln gedenken.

Bei dieser Gelegenheit darf ich vielleicht auch daran erinnern, daß Sie sowohl, sehr verehrter Herr Reichskanzler, wie auch der Reichspost- und Reichsverkehrsminister den Antrag der Depositen- und Handelsbank um baldigste Gewährung des Devisenrechtes nachdrücklich unterstützt haben. Leider ist aber ein zögerlicher Bescheid bis heute der Depositen- und Handelsbank noch nicht zugegangen. Wie ich vielmehr in Erfahrung gebracht habe, scheint Herr Geheimrat Fellingner dem Antrage nicht stattgeben zu wollen. Ich fürchte, daß er das Opfer irriger Informationen geworden ist. Es liegt aber in wohlverstandenen Interesse der erfolgreich eingeleiteten Aktion und des Deutschen Reiches, daß endlich der Depositen- und Handelsbank das Devisenrecht gewährt wird. Würde ihr dies noch länger verweigert, so bedeutete dies eine schwere Beeinträchtigung von Reichsinteressen. Ich darf Sie deshalb vielleicht noch einmal bitten, den preussischen Handelsminister und Herrn Geheimrat Fellingner freundlichst zu ersuchen, dem von Ihnen sowie dem Reichspost- und Reichsverkehrsminister unterstützten Antrag auf Gewährung des Devisenrechtes an die Depositen- und Handelsbank umgehend stattzugeben.

Mit dem Ausdruck meiner besonderen Hochachtung verbleibe ich, sehr verehrter Herr Reichskanzler,

Ihr ergebenster

Fleischer, M. d. R.

Am selben 12. November wurde offenbar auf Vorstelligung von Geheimrat Fellingner die Empfehlung der drei Minister für die Depositen- und Handelsbank zurückgezogen. Das zeitliche Zusammentreffen dieser Zurückziehung und des Briefes von Dr. Fleischer ist merkwürdig.

Trotz der Zurückziehung der Empfehlung ging die „Geschäftsverbindung“ der Depositen- und Handelsbank mit Reichsstellen weiter, bis gegen Ende Dezember. Die Depositen- und Handelsbank erhielt ferner nach dem 12. November erhebliche Kredite von der Reichspost auf Veranlassung des Reichspostministers Dr. Höffle. Mit den Gewinnen, den die Depositen- und Handelsbank auf unrechtmäßige Weise mit Reichsmitteln erzielt hatte, kaufte Herr Wolpe die Aktienmehrheit einer französischen Bank, einer holländischen Bank, ferner Anteile zweier Berliner Bankhäuser und einen Wald bei Komno. Herr Wolpe und sein Mitdirektor, Herr Kleffitka, sind inzwischen mit ihren Beutegeldern ins Ausland geflüchtet, Herr Wolpe über Paris und Holland nach London. Es handelt sich um typische internationale Hochstapler, mit denen sich die Reichsbehörden zum Schaden des Reiches eingelassen haben.

Mindestens seit Anfang 1924 sind diese Dinge den beteiligten Reichsbehörden bekannt. Es ist dringend erforderlich, daß der Untersuchungsausschuß des Reichstages diese Beziehungen nachprüft.

Gegen den Verleumdungsfeldzug.

Die Genossen Wiffell und Wels im Prüfungsausschuß.

Der Prüfungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei veröffentlicht folgende Mitteilung:

„Der ‚Lokal-Anzeiger‘ hat gestern nachmittag die Behauptung aufgestellt, daß Genosse Wels beim Genossen Wiffell im Jahre 1919 den Antrag auf Verleihung eines Monopols für Arbeiterkleidung an Barmat gestellt hätte und daß dieser Antrag abgelehnt worden sei.“

Der Kriminalkommissar Klinghammer hat im Preussischen Untersuchungsausschuß die Behauptung aufgestellt, daß er Einfuhrzinsen für Barmat von Wiffell unterschrieben gesehen und in Händen gehabt hätte.

Zu diesen beiden Behauptungen erhalten wir einige Zuschriften. Der Genosse Wiffell teilt uns mit, daß er an den Vorsitzenden des Preussischen Untersuchungsausschusses folgenden Brief gerichtet hat:

Sehr geehrter Herr!

Von einer zweitägigen Sitzung des Staatsgerichtshofs zum Schutze der Republik nach Berlin zurückgekehrt, finde ich in der gestrigen Tagespresse die Aussage des Kriminalkommissars Klinghammer vor dem Barmat-Ausschuß dahingehend, ich habe über den Kopf des Ein- und Ausfuhrkommissars hinweg Barmat Einfuhrzinsen und — das läßt der Bericht nicht klar erkennen — auch wohl eine Ausfuhrerlaubnis für Druckpapier erteilt. Als Wirtschaftsminister habe ich kein von mir gezeichnetes Schreiben herausgehen lassen, das nicht im Entwurf die Gegenzeichnung des Staatssekretärs und der zuständigen Referenten getragen hat. Ich habe demnach niemand, also auch nicht Barmat, die behaupteten Einfuhrzinsen und Ausfuhrerlaubnisse erteilt.

Ich stelle mich dem Untersuchungsausschuß zu meiner Vernehmung hiermit zur Verfügung und bitte dringend, mich am Sonnabend vernehmen zu wollen. Ich lege Wert auf die sofortige Vernehmung und bitte zu dieser zum Zweck der Gegenüberstellung auch noch einmal den Kriminalkommissar Klinghammer laden zu wollen. Ich stehe am Sonnabend in der Zeit von 12 Uhr mittags bis 3 Uhr nachmittags für diese Vernehmung zur Verfügung.

Abdruck eines heute von mir an den Herrn Reichskanzler gerichteten Schreibens füge ich bei.

gez. Wiffell.

Zu gleicher Zeit hat Genosse Wiffell in einem Brief an den jetzigen Reichskanzler den Antrag gestellt, das Kabinett möge ihm die Aussageerlaubnis über seine früheren Amtshandlungen erteilen. Er ist der Meinung, daß diese Erlaubnis sofort erfolgen wird, da seine Aussagen in keiner Weise die Staatssicherheit gefährden können.

Der Genosse Wels schreibt uns:

„Der ‚Lokal-Anzeiger‘ kommt erneut auf die von mir abgewiesene Behauptung zurück, ich hätte für Barmat bei dem Reichswirtschaftsminister vergeblich ein Monopol für die Einführung von Arbeiterkleidern erwirten wollen. Wiffell habe das und andere Monopolversuche abgelehnt. Der ‚Lokal-Anzeiger‘ teilt bei dieser Gelegenheit Äußerungen mit, die bei der betreffenden Besprechung von mir getan sein sollen. Ich will die Sache so kurz wie möglich schildern.“

Als ich am 24. Januar d. J. zum erstenmal in der ‚Vergleichs-Wirtschaftlichen Zeitung‘ diese Behauptung las, habe ich mich sofort mit Wiffell telephonisch verbinden lassen und ihm den betreffenden Satz vorgelesen. Wiffell erklärte sofort, diese Behauptung sei unerhört. Er wolle sofort zu mir ins Bureau kommen, um die Frage zu besprechen. Ich entwarf dann meine öffentliche Äußerung, der Wiffell zustimmte. Wir wußten beide sofort, um was es sich bei dem einzigen Besuch, den ich Wiffell mit Barmat gemacht hatte, gehandelt hat. Es drehte sich um die Einfuhr von Baumwolle oder Baumwollabfällen, die für eine schäffische Textilfabrik gekauft war. Barmat hatte mir vorher einen Herrn zugeführt, der sich als Leiter oder Inhaber dieser Fabrik vorstellte und mir sagte, er könne seinen Betrieb nicht fortführen und es müsse zu Entlassungen kommen, wenn die Einfuhr nicht gestattet würde. Barmat bot mir ebenfalls darum und ich ging mit ihm zu Wiffell.

Was war das etwa Mitte Mai 1919 für eine Situation in Deutschland? Die Wladode bestand noch. Die Bevölkerung war von allem entblößt. Marktstandale waren an der Tagesordnung. Krawalle der Millionen Arbeitslosen fanden täglich statt. Die Demobilisierung, die Umstellung der Betriebe auf Friedensarbeit hatte eben erst begonnen. Die zurückliegenden Straßenkämpfe waren noch in aller Erinnerung. Die Hälfte der Arbeiterschaft lag ohne ein Hemd, ohne getrockneten Schuh, in die Schule, Papierhemden sollten kümmerlichen Ersatz für ordentliche Wäsche bilden.

Die größte Gefahr, die dem Volk und dem Staate damals drohte, war eine weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit. Deshalb ging ich zu Wiffell. Im Wirtschaftsministerium hörte ich nun den Grund für die Verweigerung der Einfuhrerlaubnis, der darin bestand, daß man an dem Prinzip festhalten wolle, die Einfuhr von Rohstoffen nur zu gestatten, wenn die Abnahme von 50 oder 60 Proz. der aus diesen Rohstoffen hergestellten Fertigfabrikate von dem Einführenden wieder übernommen wurde, um so Geld nach Deutschland hereinzubekommen.

Für diesen Teil der Planwirtschaft hatte ich allerdings in der damaligen Notlage gar kein Verständnis. Ich betonte, daß es sich vor allem darum handeln müsse, die Arbeiterkraft durch Schaffung von Arbeitsgelegenheit zur Ruhe und Gesundung zu bringen. Dabei mag ich schon etwas drastisch gewesen sein. Jedenfalls habe ich nur über diese eine Frage mit Wiffell und den hinzugezogenen Herren verhandelt und bin dann gegangen. Von einem Monopol für Arbeiterkleidung ist in meiner Gegenwart nicht geredet worden. Ich hätte mich wahrscheinlich auch dagegen erklärt, denn ich wollte ja, daß in Deutschland produziert wird. Der sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung habe ich von dieser

meiner Stellungnahme bei den Verhandlungen im Reichswirtschaftsministerium gelegentlich einer Debatte Mitteilung gemacht.

gez. Wels.

Der Prüfungsausschuß der Partei hat Wiffell und Wels gehört, die diesen Vorgang übereinstimmend geschildert haben.

Kurze Zwischenitzung des Landtags.

Im Landtag sprach gestern Freitag mittags vor Eintritt in die Tagesordnung

Abg. Paul Hoffmann (Komm.) gegen den Logozuor vom Abg. Rutiner (Soz.) erneut erhobenen Vorwurf der Kinderausbeutung. Ein Gewerkschaftsblatt habe die Unrichtigkeit des Vorwurfs zugegeben.

Der Forderung der Kommunisten, ihre Entzogen auf Aufhebung des Landtags sowie auf Enteignung des Soganschen Lehnbesitzes noch in der Freitagssitzung zu verhandeln, wird widersprochen; es kommt also nicht dazu.

Einem vom Abg. Held (DfP.) begründeten Antrag über die

Verleumdung der Wohnungen in der Gemeinde Hohenneuborf durch den hohen Grundbesitzerstand

befürwortet Abg. Ritter-Brandenburg (Soz.) und fordert, daß nicht nur das Gelände verbessert wird, sondern auch die Häuser, und daß die Bewohner der Häuser eine angemessene Entschädigung erhalten. Nach weiteren Reden wird der Antrag dem Hauptausschuß überwiegen.

Der sozialdemokratische Antrag, das Staatsministerium zu ersuchen, den

Schutz der Minderheiten auf dem Gebiet des Schulwesens im Sinne des Erlasses des Kultusministeriums vom 31. Dezember 1918 in den Gebieten Preußens bis zum 1. April 1923 zurückzuführen, wo der Schutz der Minderheiten nicht vertragsrechtlich geregelt ist, geht ohne Aussprache an den Unterrichtsausschuß überwiegen.

Abg. Deize (Dnat.) einen Antrag auf Einrichtung von Begabtenklassen zum Uebertritt in die höhere Schule nach dreijährigem Besuch der Grundschule. Mit der Besprechung verbunden wird der demokratische Antrag, dafür Sorge zu tragen, daß der für einzelner Kinder oder für Kinder mehrerer Familien gemeinsame Privatunterricht grundsätzlich auch an Privatschulen erteilt werden dürfe.

Abg. König (Soz.) bekämpft den Antrag. Das Ziel sei, wie die Begründungsrede erkennen lasse, die alte Standesorschule wieder einzuführen. Die sozialdemokratische Partei werde das nie mitmachen.

Die Anträge gehen nach weiterer Debatte an den Unterrichtsausschuß.

Nächste Sitzung Dienstag, den 10. Februar, nachm. 2 Uhr. Wahl des Ministerpräsidenten; endgültige Wahl des Landtags-Präsidiums.

Schluß 2,35 Uhr.

Die Provozierten.

Der Kommunistenstandal im Landtag.

Genosse Rutiner schreibt uns: Die Kommunisten haben am Donnerstag die Landtagsitzung durch wüsten Tumult gesprengt — angeblich, weil sie es als Provokation empfanden, daß ich in der Annesitzung als Redner für die Sozialdemokratische Partei sprach. Die gekränkten Gefühle dieser empfindsamen Herrschaften haben sich mit reichlicher Berpätung eingestrichelt. Denn im vergangenen Landtag habe ich fast jedes Jahr ausgiebig zu Justiz- und Annesitzungen gesprochen, ohne daß sich das kommunistische Gemüt bis dahin „proviziert“ fühlte. So habe ich nach völlig ungelöst bei der Staatsberatung des Jahres 1924 den sozialdemokratischen Annesitzungsantrag Nr. 7841 begründet, der wesentlich mit mir verfaßt war und daher auch meinen Namen mitträgt. Dieser Antrag, der mit einem — leider — etwas abschwächenden demokratischen Zusatz angenommen wurde, hat nicht weniger als 8471 Stimmenerweise zur Folge gehabt, hauptsächlich zugunsten solcher Personen, die sich im Jahre 1923 an Lebensmittelunruhen beteiligt hatten. Dieser nicht ganz unerhebliche sachliche Erfolg macht allerdings begreiflich, warum die Urheber der gänzlich sinn- und aussichtslosen kommunistischen Annesitzungsanträge neuerdings in meinem Ausstreiten eine „Provokation“ erblickten. Die Beurteilten dürfen doch nicht erfahren, daß die Sozialdemokraten sachlich zu ihren Gunsten arbeiten, während die Kommunisten mit aufgeregten Mäulern lediglich die Luft erschüttern.

Die Sozialisten mahnen Herriot.

Weitere Unterstützung versprochen, aber beschleunigte Reformen verlangt.

Paris, 6. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialistische Fraktion der Kammer hat am Freitagnachmittag eine Delegation zu Herriot entsandt, die diesem den Wunsch der Partei zum Ausdruck gebracht hat, die Politik der Unterstützung des Kabinetts fortzusetzen, Herriot aber zugleich ersucht hat, die Partei darin ihrerseits zu unterstützen in der nächsten Durchführung der in dem zwischen ihm und dem Abg. Blum unmittelbar nach den Neuwahlen geführten Briefwechsel zugesagten Reformen. Die sozialistische Partei verlangt insbesondere die schnelle Verabschiedung der sozialen Versicherungsgesetze durch den Senat und die Vorlage eines Beschlusses über die Herabsetzung der militärischen Dienstpflicht auf ein Jahr.

Noch immer beim Kontrollbericht!

Paris, 6. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Postkonferenz ist am Freitag vormittag zusammengetreten in der Annahme, daß ihr der Schlussbericht der Interalliierten Kontrollkommission in Berlin, dessen Fertigstellung angekündigt worden war, vorliegen werde. Wider Erwarten ist dieser Bericht jedoch noch nicht eingetroffen. Es verlautet, daß seine Uebersetzung erst zu Beginn der kommenden Woche erfolgen werde. Die Konferenz wird den Bericht zunächst dem permanenten Militärkomitee der Alliierten in Versailles überweisen, das ein Gutachten dazu abgeben soll.

Ungarische Vorkriegszeit. In Budapest wurde das sozialdemokratische Zentralorgan „Közhasznos“ (Volkstimme) beschlagnahmt, weil mehrere Artikel das Ansehen des ungarischen Staates verletzten.

Letzte Nachrichten.

Der weiße Tod des Stifäters.

Innsbruck, 6. Februar (W.T.B.) Am 3. Februar sind bei einer Skitour im Tannheimer Tal mehrere deutsche Touristen, darunter der Kaufmannssohn Joseph Büttner aus Rischonburg und die Regierungsbauratsgattin Schall, sowie die Eisenbahninspektorsfrau Gnann aus Ulm in eine Lawine geraten. Während die Frauen unverletzt blieben, stürzte Büttner hundert Meter in die Tiefe und konnte nur als Leiche geborgen werden.

Gewerkschaftsbewegung

Das mysteriöse Komitee.

Der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Genosse Dubegeest, schreibt in den Presseberichten des IGB u. a.: Bekanntlich hat die kommunistische Presse viel Aufhebens mit einem russisch-englischen Propagandakomitee gemacht, das sich mit der Organisierung der Einheitsfront beschäftigen soll. Vorläufig freilich steht dieses Komitee auf dem Papier und die Mittel hat noch nicht einmal die Namen seiner Mitglieder, weder der Russen noch der Engländer, erfahren. Das hindert Solowsky nicht, sich in der Dezembernummer der „Roten Gewerkschaftsinternationale“ (1924) ausführlich über die Aufgabe dieses Komitees zu verbreiten.

Es kann nämlich kein, sich anzusehen, welche Vorstellungen sich Solowsky, nachdem er vorher die Durchführung des Wiener Beschlusses abgewiesen hat, von den Aufgaben dieses Komitees macht. Man höre:

„Ist es zur Erreichung unseres Zieles erforderlich, eine gewisse Zeit mit zweifelhafter Gesellschaft zu patieren, so müssen wir uns damit abfinden und Opfer bringen. Schließlich ist der amerikanische Campers nicht besser und nicht schlechter als sein Spiegelbild in Europa.... Die einheitliche Internationale ist nicht Selbstzweck, sondern das Mittel zur Durchführung einer bestimmten Politik.“

„Mit welchen Gefühlen Solowsky dem Zustandekommen der Einheitsfront entgegensteht, erhellt noch aus folgendem:

„Scheinheilig wäre es, wenn wir ihnen versprechen würden, unsere Angriffe gegen die Amsterdamer einzustellen. Aber kein Kommunist, kein revolutionärer Arbeiter kann den Kampf gegen den Reformismus aufgeben. Das würde direkte Verkennung unserer Prinzipien bedeuten. Der Reformismus und Reformismus sind Todfeinde, und die organisatorische Einheit der Gewerkschaftsbewegung schließt die Fortsetzung und Verschärfung des Kampfes um den Einfluß auf die Massen nicht aus.“

Er betont hier also nochmals ausdrücklich, daß, wenn eine eventuelle Verschmelzung zwischen Amsterdam und Moskau unter Beiseiteziehung der Statuten und des Programms von Amsterdam zustande käme, nichts anderes erreicht werden würde, als eine Fortsetzung und Verschärfung des gegenwärtigen Streites. Das will also besagen, daß die Zeit, die unsere Organisationen jetzt für die praktische Arbeit im Dienste der proletarischen Interessen verwenden, dann für nutzlose Debatten und Polemiken mit unseren künftigen Moskauer Mitarbeitern verzeilt werden würde. Eine wunderbare Aussicht also!

Schließlich wird dem russisch-englischen Komitee nach Verabsolutung so vieler Lebenswichtigkeiten nach folgender Auftrag erteilt: „Das Komitee muß ein ständig funktionierendes Organ werden, das neben periodischer auch im jeweiligen Augenblick erforderliche Propaganda treiben und seine Vertreter in alle Länder senden wird, um die Massen über die Notwendigkeit der Einheit aufzuklären. Ferner wird es die Initiative zur Zusammenfassung der zerstückelten Gewerkschaften ergreifen, gegen neue Spaltungen und Ausschüsse Front machen usw. Eine aus englischen und russischen Gewerkschaftsvertretern zusammengesetzte Delegation, die sich z. B. nach Frankreich, nach der Tschechoslowakei, Rumänien oder Jugoslawien begibt, um dort für die Einheit zu wirken, kann unsere Sache mächtig fördern.“

Auf diese Weise also soll dieses losenhafte Komitee seine Sendung unter den reformistischen Heiden in den verschiedenen Ländern erfüllen. Diese Arbeit muß bei ihrer Propaganda für die Einheitsfront, wie wir oben gezeigt haben, schließlich darauf hinauslaufen, den Streit um den „Einfluß auf die Massen“ zu verschärfen und die Führer, die derzeit ihr Vertrauen haben, aus dem Weg zu räumen. Wir glauben sicher zu sein, daß sich unter den britischen Freunden kaum jemand finden wird, der Lust dazu haben dürfte, den Auftrag Solowskys auszuführen. Wir können also der Errichtung dieses Komitees mit Ruhe entgegensehen.

London, 6. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die britischen Gewerkschaften widmen den Verhandlungen der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale über den russischen Vorschlag der Einberufung eines Einigungskongresses, die am Freitag begonnen haben, großes Interesse. In den englischen Gewerkschaften sind es besonders die Dockarbeiter und die Bergarbeiter, die aus ihrer sympathischen Einstellung zur Moskauer Internationale heraus die Einberufung eines solchen Kongresses verlangen. Die große Mehrheit der Gewerkschaften steht aber einem solchen Kongreß ablehnend gegenüber, weil sie noch allen bisher gemachten Erfahrungen nur eine Schädigung der Gewerkschaftsbewegung und eine Gefährdung der bisherigen Einigkeit befürchtet.

Die Internationale der Unternehmer.

(Von unserem dänischen Korrespondenten.)

Als die Revolutionswellen von Mitteleuropa bis an die Grenze Dänemarks wogen, als man in Deutschland unter sozialistischen Volksbeauftragten und später unter der Weimarer Koalition Sozialisierung, Betriebsräte, Arbeiterkammern diskutierte, waren auch die dänischen Unternehmer sehr müßig, in die neuen Tarife den Achtstundentag, höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen aufzunehmen. Dann kam die internationale Arbeiterjubiläumskonferenz in Washington, wo die dänischen Unternehmer groß und stolz erklärten, alles, was dort gewünscht würde an sozialen Bestimmungen, hätte man in Dänemark schon.

Über dann witterte das internationale Unternehmertum eine andere Konjunktur. An die Stelle der Revolution trat die Reaktion. Die Umstellung auf diese neue Konjunktur gelang dem Unternehmertum überall hervorragend schnell, auch in Dänemark. Von den 16 Washingtoner Konventionen hatte die liberale dänische Regierung die sieben sanftesten herausgesucht, und als die sozialistische Regierung die Hauptkonventionen dem Reichstag zur Ratifizierung vorlegte, begehrte sie auf der rechten Seite Abweisung. So gar Dinge wie das Koalitionsrecht der Landarbeiter, die Beschäftigung von schulpflichtigen Kindern, Nacharbeit der Frauen, die Washingtoner Vorschriften über Heuerung u. a. von Seeleuten — alles Dinge, die in der Praxis in Dänemark längst selbstverständlich sind, weigern sich plötzlich die Konservativen und Nationalliberalen als eine internationale Übereinkunft anzuerkennen. Sie wurden die eifrigsten Anhänger des Tarifvertrages — dort gehörten solche Dinge hin und nicht in das Gesetz, erklärte ihr Wortführer. Dieselbe Haltung gedenten sie bei der Ratifizierung des Achtstundentages einzunehmen. Was sie zu dieser Haltung ermutigt, legten ihre Wortführer klar und deutlich: „Solange die Großmacht nicht ratifizieren, brauchen wir es auch nicht.“

Die Hoffnung auf die Unternehmerreaktion in Deutschland, England und Frankreich ist es, die den Unternehmern in den kleinen Staaten den Rücken steift. Eine Geistesgemeinschaft einigt sie alle. Der Arbeiterschaft in allen Ländern erwächst die Pflicht, desto schärfer ihre Regierung zur Erfüllung der internationalen sozialen Verpflichtungen anzuhaken. Eins ist sicher: Rattifiziert Deutschland den Achtstundentag und die anderen Washingtoner sozialen Konventionen, so ist dem dänischen Unternehmertum für seine Opposition der Boden zur Fortführung seiner jetzigen Haltung entzogen.

Im Lager der Einheitsfrontler.

Die Kommunisten enthüllen einander.

Vom Verbandsvorstand des Deutschen Landarbeiterverbandes wird uns geschrieben:

Im kommunistischen Land- und Waldarbeiterverband ist ein großer Krach ausgebrochen. Die „Sonne“ können sich nicht darüber einigen, ob sie schon jetzt oder erst nach der Ausrückung nach größerer Spaltungsvorbereitung dem amnischen „Einigungsbeschluss“ des berühmten Weltkongresses Rechnung tragen sollen. Geführt wird der Kampf zwischen der Richtung Bauermann, die die Aufrechterhaltung der kommunistischen Sonderorganisation haben will, und der Richtung Laube, die anscheinend einseht, daß der beste Weg zur Befreiung aus dem Dales die Auflösung des Verbandes ist. Nach zwei Rundschreiben zu urteilen, die Laube am 30. Dezember 1924 und am 9. Januar 1925 im Rahmen des Verbandsvorstandes der Organisation herausgegeben hat, ist die Richtung Laube die stärkere.

Die Auseinandersetzungen könnten uns völlig kalt lassen, wenn sie nicht zu Greueln und Enthüllungen geführt hätten, die die kommunistischen Spaltungsgesellen bis auf die Knochen blamierten. So ist Baumann, trotzdem er zweiter Verbandsvorsitzender war, mit Krach vom Verbandsvorstand des Land- und Waldarbeiterverbandes an die frische Luft befördert worden, und der am 1. Februar stattgefundene Verbandstag hat hierzu seinen Segen erteilt. Nicht genug damit, wird den Mitgliedern des Verbandes auch noch auseinander-gesetzt, wie die Taten des von revolutionären Phrasen triefenden Baumann — für den man jahrelang die Hand ins Feuer gelegt hätte und der immer wieder als ein Musterbeispiel „revolutionärer“ Ueberzeugung hingestellt wurde — in Wirklichkeit aussehen. In dem erwähnten Rundschreiben vom 30. Dezember 1924 heißt es:

„Trotzdem er den Beschlüssen der Reichskonferenz vom 8./9. November mit Beratung zugestimmt hat, arbeitet er im Rücken der Verbandsvorstandung gegen diese Beschlüsse, zum Schaden der gesamten Landarbeiterbewegung. In seiner Skrupellosigkeit, sein Ziel zu erreichen, greift er zu den schmutzigsten Mitteln. Führende Kollegen unserer Organisation, welche illegal leben müssen und von der Polizei schon verfolgt werden, denunziert er bei Beamten, welche der Arbeiterbewegung fernstehen. Vielleicht in der feilen Hoffnung, sie dadurch zumöglich zu machen. Ein Mensch, der solchen Verrat begeht, hat nicht Platz in den Reihen der ehrlichen Arbeiter.“

Diese Mittelungen betreffen einen kommunistischen Führer. Sie betreffen einen Mann, der noch bis vor kurzem jeden als einen Dummen und Verleumder hinstellte, der es wagte, an seiner angeblich „revolutionären“ Gesinnung zu zweifeln. Nicht anders verhielt sich auch bisher der Verbandsvorstand des kommunistischen Land- und Waldarbeiterverbandes, trotzdem der Deutsche Landarbeiterverband, dem Baumann kein Unbekannter ist, schon sehr deutliche Angaben über ihn machte.

Unbillige Härte bei der Reichsbahn.

Die Verwaltung der Reichsbahn ist — unserer Meinung nach zu Unrecht — durch die Abbauperordnung davon geschützt, daß entlassene Arbeiter ihre Entlassung als unbillige Härte auf Grund des Betriebsrätegesetzes ansprechen können. Diesen Umstand nutzt die Direktion der Reichsbahngesellschaft nach Kräften aus, um unter ihren Arbeitern aufzuräumen. Nicht etwa, daß Entlassungen nur deshalb vorgenommen werden, um den Personalbestand zu verringern. Nein, es werden auch Arbeiter entlassen an Betriebsstätten, wo kein Arbeitsmangel herrscht, sondern sogar noch Hilfsarbeiter beschäftigt werden. Besonders sind es Arbeiter, die hin und wieder krank werden, deren sich die Reichsbahngesellschaft kurzer hand entledigt. Was sich die Reichsbahn, geschützt durch ihr Sonderrecht, herausnehmen kann, dafür ist ein Fall — einer unter vielen! — bezeichnend, der in der letzten Sitzung der Eisenbahnkammer des Gewerbegerichts zur Sprache kam.

Ein Streckenarbeiter der Bahnmeisterei Kummelsburg, der von seinem nächsten Vorgesetzten als tüchtiger und zuverlässiger Arbeiter bezeichnet wird, ist gekündigt worden. Als Grund wird angegeben, der Arbeiter habe seit Anfang Juni mehrmals, im ganzen sechs Tage und drei Stunden, unentschuldig gefehlt. Der Arbeiter sagt,

er habe sich beim Vorarbeiter entschuldigt. Schließlich geht auch aus den Angaben des zuständigen Dienststellenleiters hervor, daß der wahre Grund der Entlassung der ist: Der Arbeiter muß manchmal wegen Krankheit ausfallen, die Reichsbahn aber will nur solche Arbeiter beschäftigen, die dauernd leistungsfähig sind.

Die Reichsbahn hat nicht den geringsten Nachteil durch die Krankheit eines Arbeiters und doch ist es bei ihr Prinzip, Arbeiter, die wiederholt krank werden, im übrigen aber tüchtig und leistungsfähig sind, ohne Rücksicht auf die Strafe zu setzen. In dem vorliegenden Falle ist die Rücksichtslosigkeit um so größer, als sich der Arbeiter die Krankheit — er leidet an Herzneurose — durch anstrengende Arbeit in Wind und Wetter im Dienste der Eisenbahn zugezogen hat.

Hier liegt ohne Zweifel eine große Härte vor — sagt der Vorsitzende der Eisenbahnkammer —, aber wir sind an das Gesetz gebunden. Eisenbahnarbeiter dürfen nicht auf Grund des Härteparagrafen klagen, die Klage ist also abzuweisen.

Der andere Arbeitgeber würde in solchem Falle verurteilt werden, den Arbeiter wieder einzustellen oder ihn zu entschädigen. Aber die Reichsbahn besteht auf ihrem Sonderrecht wie Schloß auf keinem Stein und setzt Arbeiter auf die Strafe, die im Dienst der Eisenbahn ihre Gesundheit geopfert haben. Es ist hohe Zeit, mit diesem Sonderrecht der Reichsbahn aufzuräumen.

Die Einheit in der Tschechoslowakei.

Ueber das Ergebnis der Prager Konferenz vom 21 und 22. Januar entnehmen wir den Presseberichten des IGB, nach folgende Einzelheiten:

Nach ausführlichen Besprechungen wurde ein Entwurf für ein Uebereinkommen ausgearbeitet, das der kommenden Verschmelzung zugrunde gelegt werden soll. Es wurde einstimmig das Prinzip des IGB, gutgeheißen, wonach in jedem Staat nur eine Landeszentrale bestehen soll. Wird dieser Grundsatze allgemein gutgeheißen, so sollen auf einer anfangs April stattfindenden Sitzung weitere Einzelheiten geregelt werden. Die Teilnehmer der Konferenz zeigten sich über die vorläufig erzielten Resultate sehr befriedigt. Durch die Verhandlungen wurde der Weg zur Erzielung einer Einheit geebnet, die für die dissidenten Organisationen den Tod bedeuten muß.

Der Lohnkampf im Saargebiet.

Saarbrücken, 6. Februar (Zl.) In einer gestern abgehaltenen Massenversammlung der Arbeiter aus der Fertigungsindustrie kam der Wille zum Ausdruck, zur Erlangung besserer Lohnverhältnisse den Kampf weiter zu führen. Einzelne Firmen erklärten sich bereit, ihren Arbeitern bessere Löhne zu zahlen, worauf die Arbeiterschaft die Wiederaufnahme der Arbeit beschloß.

Bauarbeiter-Internationale.

Am 12. und 13. Februar findet in Amsterdam eine Tagung des Gesamtverbandes der Bauarbeiter-Internationalen statt. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung stehen u. a. folgende Punkte: 1. Zusammenfassung der Berufsinternationalen der baugewerblichen Arbeiter; 2. Förderung der Bauarbeiterorganisationen in Frankreich, Italien, Jugoslawien und Rumänien; 3. Die Organisationsverhältnisse der Bauarbeiter in der tschechoslowakischen Republik sowie die Wahl des Tagungsortes für die VII. Konferenz.

Der Streik der Kraftwagenführer des Kabelwerkes in Oberschöneweide geht mit aller Schärfe weiter. Da die Kraftwagenführer auf Grund ihres guten Organisationsverhältnisses geschlossen zusammenstehen, da auch die Chauffeure der bisher von den Betrieben bei anderen Firmen angeforderten Kraftwagen keine Streikarbeit verrichten, sucht das Kabelwerk durch die bürgerliche Presse Kraftwagenführer, welche ihren kämpfenden Kollegen in den Rücken fallen sollen. Die Direktion des Werkes lehnt bisher jede Verhandlung mit der zuständigen Organisation, dem Deutschen Kraftfahrzeug- und -erklärt, nur mit den streikenden Kraftfahrzeugern selbst verhandeln zu wollen. Mit aller Deutlichkeit gab sie zu erkennen, daß sie willens ist, Maßregeln vorzunehmen und für die ihr genehmen Kraftfahrer wieder einzustellen. Kollegen Kraftfahrzeugler! Hebt Solidarität! Holt Bezug vom Kabelwerk unter allen Umständen fern. Beweist, daß ihr willens seid, eure kämpfenden Kollegen zu unterstützen.

Deutscher Verkehrsverein, Abtlg. Kraftfahrer.

Wohnung, Bergmann-Str., Berlin! Konton nachmittags 5 Uhr bei
Kroll, Ullricher, Ecke Hennigsdorfer Straße, wichtige Versammlung
aller G. D. - Genossen. Jeder muß erscheinen. Der Fraktionsvorstand.

Verantwortlich für Politik: Carl Reuter; Wirtschaft: Arthur Götter; Gewerkschaftsbewegung: Friede, Götter; Funktion: S. S. Schäfer; Volkes- und Sonntags: Fritz Kroll; Anzeigen: H. Olsch; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt von Singer u. Co., Berlin SW 11, Lindenstraße 2. Hierin 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

Wenn Sie wüßten
wie sicher und bequem Sie Ihre
Hühneraugen und Hornhaut
durch „Lebwohl“
los werden, würden Sie sich nicht erst mit minderwertigen Mitteln herumärgern. „Lebwohl“ wirkt durch Filzring sofort schmerzstillend. Kein Verrutschen, kein Festkleben am Strumpf.
— Seit 20 Jahren bewährt. —
In Drogerien und Apotheken zu haben.
Verlangen Sie ausdrücklich Lebwohl mit Filzring

Musikaufträge

überliefert man nur dem Raschelsch des Deutschen Musiker-Verbandes, Berlin O 27, Hindenburgstr. 21 (Achtung! 4310), Geschäftszeit 9-5, Sonntag 10-2 Uhr. Auf Wunsch Vertreterbesuch.



Das ideale Universal-Putz- und Scheuermittel!

VIM ist die wesentlichste Stütze jeder Hausfrau u. ihres Personals bei der Instandhaltung des größten wie des kleinsten Haushaltes. Küche u. Küchengeräte, Badewanne u. Waschtisch, Messingbeschläge, Fenster, Holz- u. Linoleumfußböden, Marmor u. Fliesen, alles reinigt man hygienisch mühelos u. schonend mit

VIM

Jede Hausfrau macht den Versuch!
Alleinige Herstellerin:
SUNLICHT GESELLSCHAFT A.-G.

Wie märkische Kleinstädte aussehen:

Dobrilugk.

Wer reist nach Mittelwalde, rief Altheimer Fontane aus, als er in seinen Wanderungen dem dort 40 Jahre als Probst amtierenden Dichter Paul Gerhardt ehrende Worte widmete. Wer reist nach Dobrilugk, kann man mit gleichem Recht fragen, und wenn auch kunstverständige und kunstwissende Leute den Weg dorthin finden: der großen Menge ist der Ort unbekannt. Man weiß, der Name gehört zur Schnellzugs- und Kreuzungsstation Dobrilugk-Kirchhain (Berlin—Dresdener Bahn), aber während man bei der Fahrt rechts das schornsteinreiche Kirchhain in Augenschein nehmen kann, bekommt man Dobrilugk nicht zu sehen; es liegt etwa eine Viertelstunde abseits, links von der Bahn.

Walther von der Vogelweide

Im Jahre 1165 von den Zisterziensern gegründet, war das Kloster Dobrilugk (mendisch = gute Wiese) durch rege wirtschaftliche Tätigkeit, aber auch durch unbedenkliche Ausnutzung ihrer Position — die guten Mönche scheuten selbst vor Fälschungen nicht zurück — schon im 13. Jahrhundert zu einer Macht geworden, dadurch aber auch in politische Händel verwickelt. Im Auftrage des Schutzherrn des Klosters, Markgrafen Dietrich von Meißen, war Walther von der Vogelweide, der ja nicht nur Minnesänger, sondern auch politischer Dichter und Agent gewesen ist, mit einer Botschaft 1212 beim Abt von Dobrilugk. Nach Meißen zurückgekehrt, dichtete er, allerdings an einem „kalten Winterlage“:

Ich bin verlegen wie Eau,
Rein glattes Haar ist mir worden rouh.
Süßer Sommer, wo bist du?
Die gem' ich dem Pfleger zu!
Oh' daß ich lange in solcher Truh
Beslemmer wäre, als ich bin nu:
Eher würd' ich Bönch zu Loburiz (Dobrilugk)!

1788 war Friedrich II. zu einem Jagdausflug in Schloß Dobrilugk, das damals sächsischer Besitz war; er jagte zu Tatt; hier würde er gern mit 20.000 Talern und sechs Freunden ein philosophisches Leben führen. — Und der König verstand sich auf die Würdigung künstlerischer Schönheit und kultureller Reize. Von Kloster und Schloß ist die Rede gewesen, von der Stadt nicht; sie ist eine Schöpfung des 17. Jahrhunderts.

Kloster und Schloß.

Was zuerst da war, sieht der von der Bahn kommende zuerst: in der Station Dobrilugk-Kirchhain sich links haltend und den Schindhamm überschreitend, erreicht er auf einer mit eisernen modernen Häusern garnierten Straße den Ort, mündet in eine breite, ein wenig ansteigende Allee ein, kommt an deren Ende zum schräg vorgelagerten Schloß, an dessen Umfassungsmauer der Weg links weiter führt. Die Mauer öffnet sich mit einem Zugang zu dem Schloß- und Klosterbezirk; der Wanderer schwenkt rechts ein und hat die Vorgasse der Klosterkirche vor sich. Ein romanischer Ziegelbau, gut kleinem Dachreiter. 1185 begonnen, dürfte die Kirche 1228 fertiggestellt gewesen sein; schon aus dem Jahre 1209 wird die Beilegung der Markgräfin Elisabeth berichtet. Das Kloster wird in

gleicher Zeit errichtet sein; von ihm ist nur noch ein mit der Kirche parallel laufender Teil vorhanden, der das Refektorium gewesen ist, nach einem Brande von 1852 wirtschaftlichen Zwecken dienlich gemacht wurde, während die Trümmer auf der Ost- und Westseite entfernt wurden. Die Nachstellung des Klosters sprach sich in dem großen Landbesitz aus: 1373 waren ihm 40 Dörfer, 1431 48 Dörfer zugehörig; schon 1235 hatte es im nahen Kirchhain einen Markt errichtet. Dann kam die Reformation: 1540 wurde es sekularisiert, aber schon 1547 mußte Kurfürst Johann Friedrich von Sachsen auf

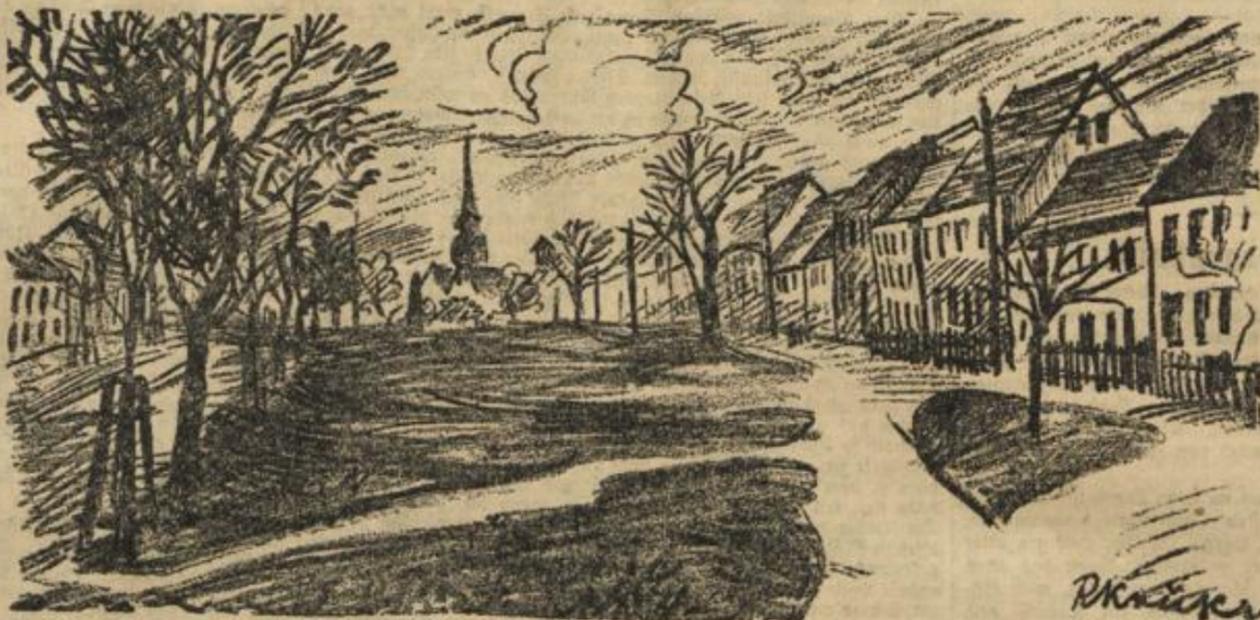
des alten Abteshauses begann n. Gersdorf Anfang des 17. Jahrhunderts einen Schloßbau, dem aber die Kriegshelden des 30jährigen Nordens so zusetzten, daß 1661 gewissermaßen mit einem Neubau begonnen werden mußte. Jener v. Gersdorf muß ein Gemütskranker gewesen sein; er ließ die umherliegenden Grabsteine zerbrechen, um Baumaterial für die Errichtung eines Herrenhauses auf einem anderen Gute zu gewinnen. Erst die sächsisch-merseburgerische Zeit brachte eine Stabilisierung der Verhältnisse, und während der Bruder des ersten Merseburgers, Kurfürst Johann II. von Sachsen, in Dresden durch Berührungsgelüste glänzte, was natürlich die Finanzen des Landes aufs schwerste beeinträchtigte, legte Christian I. den Grundstein der Stadt Dobrilugk. Noch immer hat der Besitz ein umfassendes, 40 Dörfer gehörig zur Herrschaft, und die Kirche hatte 1715 das Patronat von 10 Mutterkirchen und 10 Filialen. Nach dem Uebergang in preussischen Besitz wurde das Schloß Amtszwecken dienlich gemacht; gegenwärtig beherbergt es das Amtsgericht und die Oberförsterei und einige Räume sind auch von Privatbewohnern.

Eine Stadtiedlung im 17. Jahrhundert

Mit einer Raumverschönerung, die das Entzücken jedes Gartenliebhabers hervorrufen muß, wurde die Stadt Dobrilugk im 17. Jahrhundert begründet. Die sich meldenden Siedler erhielten von Sachsen-Merseburg je 40 Stämme Bauholz, 4000 Ziegel, brauchten auf 12 Jahre keine Steuern zu zahlen und gelangten zu billigem Baugeld. 1685 waren 150 Häuser, 1850 170 vorhanden. Auch ein stattlicher Gasthof wurde hergestellt.

Das heutige Bild.

Reisen wir nun nochmal zum Eintrittspunkt, in die Hauptstraße, genanntes Allee zurück, so sehen wir vor uns eine Straßenbreite von 60 Meter, was genau unserer Berliner Frankfurter Unter den Linden entspricht. Da die anliegenden Häuser höchstens zwei Stockwerke haben, so erhebt uns die Breite noch größer und in einer gewissen Märchenstimmung gehen wir weiter. Auf unserer rechten Seite haben die Häuschen Vorgärten, auf der linken fehlen sie. Trottoir und Fahrdamm rechts und links, in der Mitte ein Anger, den große und kleine Bäume begleiten. Jedes Haus hat seinen eigenen Charakter, hat nichts von dem jetzt aus Ost geborenen Typen- und Reihenhausstil; sind wir oben beim Schloße angelangt und lassen wir den Blick rückwärts schweifen, so bieten die verschiedenen hohen Dächer, bald in hellerem, bald in dunklerem Rot sich vom Himmel abhebend, eine malerische Silhouette. Auch der Anstrich der Häuser wechselt; eine leichte Farbentreibung herrscht vor. Dagegen wuchtet das Schloß um so majestätischer empor. Es bildet ein geschlossenes Block, etwa 12 Fenster breit in der der Straße quer, aber etwas schräg vorliegenden Front und 13 Fenster in der Seitenfront. Der Eingang ist hinten im Schloß- und Klosterbezirk; eine Brücke führt über den tiefen aber trockenen Graben. Die Seiten des



Hauptstraße in Dobrilugk.

Dobrilugk verzichtete, das an den Bruder Kaiser Karls V., Ferdinand von Böhmen, gelangt, der es an v. Gersdorf verpfändete, 1602 erlöste, 1603 für 200.000 Taler (eine schöne Summe damals!) an von Bronnig verkauft, von dem es 1624 (fast herumerwirtschaftet) der sächsische Kurfürst Johann Georg I. für 300.800 Gulden erwarb. Der dreißigjährige Krieg bringt die läbliche Zerrüttung und Zerstörung. Die Kirche wird 1637 und 1643 arg mitgenommen; erst 1644 wird der Kurfürst wieder mehr Herr über das Gebiet. Die Schäden können geheilt werden. 1676 wird die wiederhergestellte Kirche eingeweiht; nach zwei Jahrhunderten: 1859 erfolgte eine neue Renovierung im schönsten Barockcharakter (alles weiß überstrichen); 1903 brachte die letzte Erneuerung im alten Geist, die den Bau wieder zu einem prächtigen Muster romanischer Kunst gestaltet hat.

Die weiteren Schicksale von Dobrilugk, jetzt Kirche, Schloß und Stadt umfassend; sind: Nach dem Tode Johann Georgs erbt es sein Sohn Christian, der Begründer der Linie Magdeburg; sie stirbt 1738 aus, Dobrilugk wird vom Kurfürsten August eingezogen, bleibt sächsisch bis 1815, kommt dann an Preußen, wird Teil des brandenburgischen Kreises Ludau. In gewisser Hinsicht bieten Dobrilugk und die Kreisstadt Ludau die gleichen Schicksale dem historischen Beobachter: auch Ludau geht in seiner Blanzzeit über 400 Dörfer und sank dann allmählich auf die Stelle der Kleinstadt zurück. Der Unterschied ist, daß in Dobrilugk die Stadt, die erst 1664 angelegt wurde — also die Bürgerstadt! —, nie eine Rolle gespielt hat; es war erst eine Schöpfung der Kirche, dann, nach der Reformation, eine Schöpfung der Fürsten, die den mildredigen Fortschritt heute 4000 Hektar umfassend, zu schätzen wußten. — Daher ist es kein Wunder, daß im Laufe der Jahrhunderte die Kirche in den Hintergrund und das Schloß in den Vordergrund trat. Auf Grund

Der Apfel der Elisabeth Hoff.

15] Von Wilhelm Hegeler.

„Mit Gradunterschieden, jawohl! Je höher die Leiter hinauf, desto größer die Dual. Selbst diese armseligen Leitstufen kenne ich noch. Glauben Sie, daß, wenn so ein Treidler das Seil von der Schulter geworfen hat, er noch mit einem Atemzug an seine Arbeit denkt? Mir hat vor vierzehn Tagen der Arzt gesagt, ich müßte schleunigst heraus aus dem Betrieb. Wenn ich nicht in kürzester Zeit überschneiden wollte, dürfte ich ein Vierteljahr kein Telephon ans Ohr nehmen. Aber sobald ich allein bin, sage ich wieder in meinem Bureau, rechne, zanke mich mit Vieseranten, Kunden, Ingenieuren herum, und das Telephon klopft mir im Ohr. Ich glaube, ich bin schon verrückt. Ich leide an der Telephonomanie.“

„Bleiben Sie nur in Deutschland. Hier dauert der Anschluß so lange, daß Sie sich das Telephonieren von selbst abgewöhnen.“ scherzte Elisabeth.

„Ich möchte am liebsten irgendwo hin, wo es überhaupt kein Telephon gibt.“

„Böllige Einsamkeit halte ich bei Ihrem Zustand nicht für das Richtige.“ bemerkte Hoff. „Aber um nochmals auf das vorher Besagte zurückzukommen, Ihre Ueberarbeitung ist schließlich Sache Ihres freien Willens. Sie hätten es ja nicht nötig, Ihren Nachbarn so weit zu spannen. Sie haben sich von Ihrem Ehrgeiz treiben lassen.“

„Ehrgeiz — du lieber Himmel!“

„Oder was sonst. Und dann dürfen Sie eins nicht vergessen Sie finden in der Arbeit selbst Ihre Befriedigung. Und was gibt's schließlich Besseres, als seine Kraft für irgendeine größere Sache hinzugeben?“

„Für eine größere Sache?“ wiederholte Hoff und riß vor Verwunderung seine Stirn in hundert wagerechte Falten. „Ich wüßte wahrhaftig nicht, was mir gleichgültiger wäre als die Wolkenkraber, die ich baue. Die einzige Sache, der ich diene, bin ich selbst.“

„Tauschen Sie sich auch nicht?“ fragte Elisabeth lächelnd.

„Ich habe zwar noch nie darüber nachgedacht. Aber welcher Sache dienen Sie denn, Herr Hoff?“

„Meiner Wissenschaft.“

„Und der zuliebe würden Sie Ihr persönliches Wohlsein opfern?“

„Mein persönliches Wohlsein ist von meiner Arbeit gar nicht zu trennen.“

„Vielleicht . . . wenn Sie einer fulminanten Entdeckung auf der Spur sind, die Sie mit einem Schlag berühmt macht.“

„Auf solche Entdeckungen spekulieren, heißt Lotterie spielen. Aber man kann die Erkenntnis Schritt für Schritt vorwärtstragen in einen noch unerhellten Bezirk.“

„Und das genügt Ihnen? Wertwürdige Leute seid ihr Deutschen. In aller modernen Verkleidung noch die alten Schwärmer.“

„Das ist für mich keine Schwärmerlei, sondern der klare Sinn des Lebens.“

„Der klare Sinn des Lebens — es gehört viel Mut dazu, dergleichen zu sagen.“ murmelte Hoff. „Für mich ist das Leben —“

„Über er kam nicht dazu, seinen Satz zu beenden, denn plötzlich verdunkelte sich der Saal und gleichzeitig legte eine schrille Musik ein. Ein lautstarker Tanz wirbelte über die Bühne. Aber nicht diesem schenkte Elisabeth ihre Aufmerksamkeit, sondern sah immer noch die beiden Männer; die etwas zurückgelehnte Haltung ihres Mannes; in seinem Ton, im Ausdruck seines Gesichtes hatte nichts Schmelzliches gelegen, sein Blick hatte sogar etwas merkwürdig Ergreifendes gehabt. Rein, nicht das geringste Väterliche hatte ihm angehaftet. Fast ein bißchen komisch hatte vielmehr Hoff gewirkt: in sich zusammengeschrumpft, das tausendfältige Gesicht so voll unergründlichen Hohnes, auf den gemuldeten Lippen so viel zernagte Unruhe und in den schwarzen Augen dies Brennen von Angst und Eier . . . Aber was hatte er nur sagen wollen? Für mich ist das Leben — was konnte für ihn das Leben sein? Es war, als wenn seine Augen, seine Lippen, seine zerwühlte Stirn ganz verschiedene Antworten gaben.“

Im Schlafzimmer begann Elisabeth sich zu entkleiden und nahm dann vor dem Toiletentisch Platz. Ihr Mann sah hinter ihr auf dem Beirand, ganz in einen Brief vertieft. Sie sah sich selbst im Spiegel, die schimmernde Haut ihrer Brust, ihrer Arme, die erregte Blässe ihres Gesichtes, unter der das Lebensrot doch nur leise zurückgedrängt war . . . und sah sich wieder unterm Apfelbaum liegen, an jenem Sommermittag, wo sie, dem kühlen Wasser und, wie ihr dünkte, ihrer eigenen Körperhaftigkeit entistiegen, die kaum verhaltenen Glieder der Sonne, dem Wind, dem goldgrünen Schattenspiel preisgebend, sich so fremd vorgekommen war, besser als sonst und auch höher als sonst, und wie sie dort zusammengehauert war in einem anderen Gefühl noch als Schreck, wie es wohl ein eifisches Wesen haben mag, vor dem plötzlich die Erscheinung Mensch auftaucht, als sie den Fremden erblickt

hatte, der, nicht minder bestürzt als sie, da stand in Unbetung und verhaltenen Luft. Ihr Herzschlag legte aus und hob mit stürmischeren Schlägen wieder an, ganz wie er damals getan hatte, ehe die ersten unbedachten Worte über ihre Lippen gekommen waren. Und dann . . . ihre Hand rundete, öffnete sich . . . dann war der Apfel ihrer Hand entfallen und zu keinen Füßen gerollt, oder hätte sie ihn in plötzlicher Verführungslust mit Abstoß fallen lassen?

Da sah sie im Spiegel das Bild ihres Mannes, der sich erhoben hatte, auf sie zugeht, so ernst, so schwer, als wäre sein Verlangen eine Schuld, und während eine Welle von Erschöpfung, Müdheit und Mühseligkeit ihr gespanntes Fragen begrub, lehnte sie sich zurück und beugte, ihn umschlingend, sein Gesicht zu sich hinunter. Wie eine saftige Frucht drückte sie seinen Mund auf ihren.

Als sie dann die Schuhe ablegte und an dem übergeschlagenen Bein den Rock höher raffte, glaubte sie sein Auge lieblosend darauf gerichtet. Erkannte er den neuen Seidenstrumpf? Sie nickte ihm lächelnd im Spiegel zu — aber der Spiegel war leer.

„Woher wußt du?“

„Arbeiten.“

„Deht noch?“

„Sie erhob sich rasch. Ihr Blick verdunkelte sich.“

„Ich wollte doch noch mit dir sprechen.“

„Das hast du doch heute nachmittag schon getan.“

„Noch hielt sie seine Hand mit liebedem Drud.“

„Du mußt doch müde sein.“ sagte er. „Gute Nacht.“

„Sie sah noch lange auf ihrem Stuhl, und der Spiegel zeigte ihr ein fremdes, an sich irrt gewordenes Gesicht.“

„Mehrere Tage vergingen, ohne daß Hoff sich wieder sehen ließ. Elisabeth wunderte sich über sein Nichtkommen und ihre Ungebild. Da hielt eines Tages sein Auto vor dem Hause.“

Er hatte kaum das Zimmer betreten, als er sagte, daß er nur gekommen wäre, um Abschied zu nehmen. Noch am Nachmittag wollte er für einen oder zwei Tage in seine Heimat fahren und dann nach dem Süden, in die Wärme.

„So schnell? Sie sind ja kaum erst angekommen.“

„Als hätte er gar nicht Zeit, Platz zu nehmen, ging er unruhig auf und ab. Sein Gesicht war verfallen und von sahlem Braun. Müde und gequält blickten die dunklen Augen zwischen zahlreichen Fältchen wie aus einem zersprungenen Rahmen.“

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaft

Deutsche Zentral-Bodenkredit-Vereinigung.

Die vier Hypothekendarlehen umfassende Deutsche Zentral-Bodenkredit-Vereinigung veröffentlicht jedes Jahr ihre Geldverhältnisse und Goldumstellungsberichte:

Kapital und Reserven der Vereinigungsbanken 1914 u. 1924 (Mill. M.)

	Millienkapital 1914	Reserven 1914	Kapital 1924	Geldkapital 1924	Reserven 1924	Umschlagungs- verhältnis
Deutsch Zentral-Bodenkred. V. G.	44,0	14,2	90,0	9,0	8,64	10 : 1
Deutsche Grundkreditb. G. m. b. H.	18,0	5,1	45,0	8,75	0,70	12 : 1
Rhein-Westf. Bodenkreditbank	20,0	4,7	80,0	8,0	0,48	10 : 1
Dr. Hann. Hypothekendarl.	12,6	5,5	18,9	1,87	0,49	12 : 1
Gesamt	94,6	29,5	233,9	27,57	9,31	

Das Aktienkapital der vier Banken betrug Ende 1914 94,6 Millionen Mark, die Reserven 29,5, zusammen 124,1 Millionen Mark. Am 1. Januar 1924 lauten die entsprechenden Ziffern 17,32 und 5,21, zusammen 22,53 Millionen. Gegenüber dem eigenen Vorkriegskapital liegt also eine Einwärtsbewegung auf nicht ganz ein Sechstel vor. Das ist beträchtlich ungünstiger als bei der sieben Banken umfassenden Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekendarlehen, die gegenüber der Vorkriegszeit mit einem Drittel eigenem Kapital weiterarbeiten. Es scheint also, als ob die konservativere Haltung der Vereinigungsbanken, rein privatwirtschaftlich betrachtet, die Vereinigung erheblich mehr Goldkapitalaufschlag gelöst hat als die Gemeinschaftsgruppe. Auffällig ist auf der anderen Seite die bedeutend stärkere Reserveausstattung bei der Vereinigung. Sie beträgt bei der Vereinigung fast ein Drittel, bei der Gemeinschaftsgruppe nur ein Zehntel des Aktienkapitals. Bei der besonderen Bedeutung der Reserven für die Hypothekendarlehen kann man daraus schließen, daß die Vereinigung, indem sie das Vorkriegsverhältnis der Reserven zum Aktienkapital geringfügig übersteigt, danach gestrebt hat, ihr zu fünfziges Hypotheken- und Pfandbriefgeschäft möglichst stark zu unterbauen. Da in den Wertpapieren (hauptsächlich eigene Roggen- und Goldpfandbriefe) und in den Gebäuden sehr erhebliche stille Reserven liegen, wird man mit einer baldigen Kapitalerhöhung bei den Vereinigungsbanken rechnen können, um die eigenen Mittel zu stärken. Das wird um so mehr möglich und auch um so nötiger sein, als die Aufbringung ausländischen Kapitals zur Befriedigung des Hypothekendarlehens auf erhebliche Schwierigkeiten stößt, wie die Bemühungen der Gemeinschaftsgruppe in New York bisher deutlich gezeigt haben. Im Gegensatz zu den Eröffnungsbilanzen der Gemeinschaftsgruppe weisen die Bilanzen der Vereinigung auch erhebliche Roggenhypothek- und Roggenpfandbriefe aus.

Das neue Hypotheken- und Pfandbriefgeschäft der 4 Banken:

Pfandbriefe und Schuldverschreibungen:	
5proz. Roggen-Pfandbriefe	5 873 558,10 M.
5proz. Gold-Pfandbriefe	4 976 640,—
5proz. Roggen-Komm.-Schuldverschreibungen	1 775 735,—
5proz. Gold-Komm.-Schuldverschreibungen	1 945 500,—
Gesamt	14 571 433,10 M.

Diesen ausgegebenen Schuldtiteln stehen 14,58 Millionen Mark an Forderungen aus Hypotheken und Kommunaldarlehen auf Roggen- bzw. Goldbasis gegenüber.

Das sind über 14 1/2 Millionen Mark neues Geschäft oder im Verhältnis zum Aktienkapital über 75 Proz. Der gefordert ausgesetzene Aufwertungsbeitrag der Leistungsmasse nach der 3. Steuerreformordnung beträgt für die vier Banken zusammen: Hypotheken 100 Millionen, Kommunaldarlehen 18,2 Millionen, denen die gleichen Beträge an Aufwertungsforderungen aus Pfandbriefen und kommunalen Schuldverschreibungen gegenübergestellt sind.

Wie groß ist das deutsche Volkseinkommen?

Seit der Stabilisierung hat die Frage nach der Höhe des deutschen Volkseinkommens eine große Bedeutung gewonnen. Sie ist wichtig, um die Höhe der Steuerbelastung und ihre Wirkung prüfen zu können, sie ist ein Maßstab für Deutschlands Fähigkeit zu Reparationszahlungen, für die Möglichkeit einer Aufwertung und der Ausdehnung der sozialen Fürsorge. Man hat deshalb mehrfach versucht, die Höhe des deutschen Volkseinkommens zu schätzen, und diese Schätzungen sind je nach der Parteistellung ganz verschieden ausgefallen. Helfferich hat Ende 1923 das Volkseinkommen auf 18 Milliarden Mark geschätzt, Luther Anfang 1924 auf 25 Milliarden, während eine vom Finanzministerium beauftragte Aufwertungsstudie auf 20 bis 22 Milliarden kommt. Aber diese Schätzungen haben wenig Wert, weil sie kaum nachprüfbar sind. Deshalb ist es wichtig, nach einer Methode zu suchen, die eine zuverlässige Berechnung ermöglicht.

Die Berechnung des Volkseinkommens ist mit Hilfe der Einkommensteuerstatistik möglich. Aus der Summe der bei der Einkommensteuererklärung ermittelten Einkommen ergibt sich das jeweilige Volkseinkommen. Auf diese Weise hat man vor dem Kriege das deutsche Volkseinkommen für das Jahr 1913 auf 37,5 Milliarden Mark berechnet. Gegenwärtig kommt diese Berechnung nicht in Frage, da es vorläufig noch keine Einkommensteuererklärung gibt.

Die heutige Einkommensteuer zerfällt in die Lohnsteuer und die Einkommensteuervorauszahlungen. Die Einkommensteuervorauszahlungen sind aber für eine Berechnung des Volkseinkommens nicht zugrunde zu legen, weil sie sich nicht nach dem im Jahre 1924 tatsächlich erzielten Einkommen richten, sondern auf Grund des Umsatzes, des Vermögens oder anderer Maßstäbe berechnet werden. Die Lohnsteuer dagegen ermöglicht eine genauere Berechnung des Volkseinkommens, naturgemäß nur für den Teil des deutschen Volkes, der lohnsteuerpflichtig ist. Innerhalb lassen sich von da aus zutreffendere Schlüsse auf die Höhe des Volkseinkommens ziehen, als es durch reine Schätzungen möglich ist. Neuerdings ist in der vom Reichsminister der Finanzen dem Reich-

tage vorgelegten Denkschrift über die Entwicklung der Besoldung der Reichsbeamten versucht worden, mit Hilfe der Lohnsteuer das Volkseinkommen zu berechnen. Die Denkschrift geht dabei folgendermaßen vor:

Die Gesamtbevölkerung im Deutschen Reich beträgt gegenwärtig etwa 63,5 Millionen. Davon sind 28 Millionen einkommensteuerpflichtig, und zwar entfallen 21 Millionen auf Lohnsteuerpflichtige und 7 Millionen auf sonstige Steuerpflichtige. Von dem Einkommen jedes Lohnsteuerpflichtigen ist nur der Teil steuerpflichtig, der den steuerfreien Lohnbetrag überschreitet. Dieses steuerfreie Existenzminimum betrug im Jahre 1924 50 M. monatlich oder 600 M. jährlich. Das steuerfreie Einkommen der Lohnsteuerpflichtigen berechnet sich also auf 600×21 Millionen = 12,6 Milliarden. Der steuerpflichtige Teil des Lohnneinkommens wird mit einem Steuersatz von durchschnittlich 10 Proz. beträgt, sich aber für jeden Familienangehörigen um 1 Proz. ermäßigt. Wie groß die Zahl der Familienangehörigen ist, die auf jeden Einkommensteuerpflichtigen durchschnittlich entfällt, ergibt sich aus folgender Ueberlegung: Wenn von der 63,5 Millionen betragenden Gesamtbevölkerung 28 Millionen einkommensteuerpflichtig sind, so entfällt auf jeden Einkommensteuerpflichtigen 1,27 Angehörige, die nicht steuerpflichtig sind und die bei der Bemessung des Steuerjahres berücksichtigt werden müssen. Der durchschnittliche Lohnsteuersatz beträgt somit für jeden Lohnsteuerpflichtigen 10 Proz. bis 1,27 Proz. = 8,73 Proz. Das gesamte Einkommen aller Lohnsteuerpflichtigen mit 8,73 Proz. versteuert, muß daher das gesamte Lohnsteueraufkommen in Deutschland ergeben, oder umgekehrt: das gesamte deutsche Lohnsteueraufkommen stellt 8,73 Proz. des gesamten deutschen Lohnneinkommens dar.

Im Monat November 1924 betrug das Lohnsteueraufkommen 119,75 Millionen Mark. Auf 12 Monate berechnet ergibt das ein Jahresaufkommen von 1,437 Milliarden Mark Lohnsteuer. Da der Lohnsatz durchschnittlich 8,73 Proz. des Arbeitlohns ist, so errechnet sich dieses Einkommen auf $1,437 \times 100 : 8,73$ Milliarden gleich 16,473 Milliarden Mark. Rechnet man hierzu noch den lohnsteuerfreien Teil des Lohnneinkommens von 12,6 Milliarden Mark, so ergibt sich als **gesamtes Einkommen der Lohnsteuerpflichtigen 29,07 Milliarden Mark.**

Damit ist das Volkseinkommen berechnet, soweit es auf lohnsteuerpflichtige Personen entfällt. Es fehlt also noch der Teil des Volkseinkommens, der den 7 Millionen Personen zusteht, die nicht lohnsteuerpflichtig sind, also das Einkommen der Gewerbetreibenden, der freien Berufe und derjenigen hochbezahlten Angestellten, die mehr als 8000 M. Jahreseinkommen haben. Da die Einkommensteuervorauszahlungen keine Schlüsse auf das zugrunde gelegte Einkommen zulassen, kann für diesen Teil der Bevölkerung eine genaue Berechnung nicht erfolgen. Aber die bei den Lohnsteuerpflichtigen gewonnenen Ergebnisse stellen Anhaltspunkte für eine begründete Schätzung dar. Wenn man nämlich annimmt, daß diese 7 Millionen Personen im Durchschnitt nur ebenso viel verdienen wie die Lohnsteuerpflichtigen, kann man den auf sie entfallenden Teil des Volkseinkommens auf ein Drittel des lohnsteuerpflichtigen Einkommens, also 8,7 Milliarden Mark schätzen. Diese Schätzung stellt die unterste Grenze dar, denn das durchschnittliche Einkommen der Lohnsteuerpflichtigen berechnet sich nur auf 1400 M. jährlich, und man wird mit Sicherheit annehmen können, daß das Einkommen der Landwirte, der Gewerbetreibenden, freien Berufe und hohen Angestellten diese Summe beträchtlich überschritt. Rechnet man daher die 9,7 Milliarden als Mindestbetrag des auf die nicht lohnsteuerpflichtige Bevölkerung entfallenden Einkommens zu dem Einkommen der Lohnsteuerpflichtigen hinzu, so ergibt sich als **gesamtes gegenwärtiges Volkseinkommen 39,7 Milliarden Mark.**

Stellt man dieses Ergebnis den früheren Schätzungen gegenüber, so ergibt sich:

Volkseinkommen 1918	37,4 Milliarden M.
Schätzung Helfferich für 1923/24	18
Schätzung Luther für 1924	25
Schätzung der Aufwertungsstudie	20-22
Berechnung auf Grund der Besoldungsdenkschrift	39,7

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels pro Zentner frei Haus Berlin.	
Gerstengraupen, lose	27,50—27,75
Gerstengraupen, lose	19,75—21,25
Hallergrütze, lose	21,00—22,00
Hallergrütze, lose	21,75—22,75
Roggenmehl 0/1	20,25—22,00
Weizenmehl	23,25—25,75
Hartgeröstet	27,00—27,50
Topf, Weizenmehl	21,00—22,50
Weizen-Auszugmehl	22,50—25,25
Speiseerbsen, Viktoria	19,00—21,25
Speiseerbsen, kleine	15,00—16,00
Bohnen, weiße, I. sort.	20,25—23,00
Langbohnen handverl.	27,00—32,00
Linzen, kleine	18,00—25,50
Linzen, mittel	20,50—25,50
Linzen, große	44,00—53,00
Kartoffelmehl	20,50—22,00
Makkaroni, Hartgeröstet	45,00—55,50
Makkaroni	25,50—30,00
Eierudeln	44,50—74,00
Bruchreis	15,25—16,50
Ranzon Öl	15,50—20,00
Tafelreis, asiatische Patna	24,50—32,00
Tafelreis, Java	32,75—42,00
Einsäpel, amerik.	37,00—41,00
Getr. Pflanzenöl 90/100	45,00—49,00
Pflanzöl, ostindisch	22,00—30,00
Getr. Pflanzenöl 40/50	66,00—67,00
Rosinen, kleine, Candia	80,00—73,00
Sultanen Caraburu	70,00—85,00
Korinthener, choice	85,00—74,00
Mandeln, süße Bari	203,00—208,00
Mandeln, bittere Bari	177,00—210,00
Zimt (Cassia)	190,00—10,00
Kümmel, holländischer	53,00—54,00
Schwarz Pfeffer singap.	100,00—110,00
Weißer Pfeffer	13,00—17,00
Rohkaffee Brasil	215,00—235,00
Rohkaffee Zentralam.	255,00—255,00
Rohkaffee Brasil	270,00—315,00
Rohkaffee Zentralam.	330,00—400,00
Röst etreide, lose	21,50—24,00
Kakao, fettarm	60,00—66,00
Kakao, leicht, entölt	100,00—120,00
Tea, Souchong, gepackt	320,00—400,00
Tea, indischer, gepackt	40,00—47,00
Inlandszuckerbes. mel.	29,00—31,00
Inlandszucker Raffina	30,50—33,00
Zucker Würfel	31,50—36,50
Kunsthonig	31,00—
Zuckersirup hell i. Elm.	46,00—
Speisesirup dunk. i. Elm.	77,00—30,00
Marmelade Elef. Erdh.	90,00—90,00
Marmelade Vierfrucht	40,00—
Pflanzmargarin i. Eimern	37,00—55,00
Steinsalz, in Säcken	4,10—5,00
Stodessalz in Säcken	5,20—5,80
Brateneschmalz i. Tierc.	88,75—
Brateneschmalz i. Kübl.	89,75—90,50
Porelard in Tierc.	88,00—91,50
Porelard in Küben	88,00—91,00
Speisestark in Packung	97,50—99,00
Speisestark in Kübeln	—
Margarin, Handelsm. i. Säcken	66,00—
Speisestark i. Säcken	60,00—65,00
Margarin, Spezialm. i. Säcken	69,00—71,00
Molkerpulver i. Packung	209,00—214,00
Molkerpulver i. Packung	215,00—221,00
Molkerpulver i. Packung	190,00—200,00
Molkerpulver i. Packung	200,00—206,00
Anlandbutter in Fass	216,00—224,00
Corned beef 126 lbs. K.	28,10—30,00
Aust. Speck, geräuchert	138,00—115,00
Quadratöl	30,00—42,00
Milch-Käse, vollfett	115,00—130,00
Echter Emmenthaler	155,00—175,10
Echter Emmenthaler	125,00—128,00
Condensmilch 48/16	90,00—92,00
Auslandzucker, Condensmilch 48/16	20,00—22,00
Int. Bez. Conda.-M. 48/16	23,25—25,00

Abreißkalender 1925

Der in 12 Hefen herausgegebene Kalender füllt in seiner Gesamtheit ein kleines Buch aus!
Preis 3 M. 25 Pf.

Alle Fest- und Carnevalartikel sehr billig, Bienenwachs, A. Mans & Co. Markgrafenstr. 84, a. d. Lindenstr. 9-11 U. F. Gebr. 1890

Es geht nichts über eine gute Suppe!
Wie macht man eine gute Suppe?
Sehr einfach! Aus

Knorr-Suppenwurst

1 Stück - 6 Feller - 35 Pfg.
Grünkern, Tomaten, Blumenkohl, Petersilien, Krebs, Schenschwanz, Spargel.

Ziehung 12. Februar

Geld-Lotterie

des Deutsch. Ausland-Instituts Stuttgart

8883 Gewinne von Mark

150000
50000
20000
10000

Lose zu Mark 3.— Porto und Liste 30 Pf. extra bei allen städt. Lotteriedirektionen und den durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen.

BERLIN W. 8
Kroger jetzt Friedrichstr. 176/177
neben Kaiser-Kaffee
Postcheck-Konto Berlin 31048

Ziehung 11. Februar

Geld-Lotterie

des Deutschen Ausland-Instituts Stuttgart

5633 Gewinne von Mark

150000
50000
20000
10000

Lose zu Mark 3.— Porto u. Liste 35 Pfg. extra 10 Lose = 30 Mk. einchl. Porto und Liste

H. C. Kahn's Wwe. Berlin 5, 14
Prinzenstraße 79
Postfach-Konto Berlin 24 281

Ziehung 11. Februar

Geld-Lotterie

des Deutschen Ausland-Instituts Stuttgart

5633 Gewinne von Mark

150000
50000
20000
10000

Lose zu Mark 3.— Porto u. Liste 35 Pfg. extra 10 Lose = 30 Mk. einchl. Porto und Liste

H. C. Kahn's Wwe. Berlin 5, 14
Prinzenstraße 79
Postfach-Konto Berlin 24 281

Wer bauen will

wende sich an die

Bauhütte Senftenberg, Lindenstraße

Kostenlose Bauberatung, Anfertigung von Entwürfen, Kostenschätzungen u. allen Berechnungen.

Warum Erdal?

Das weiß doch jeder!
Nur das beste Material
Pfleget die Schuhe,
Schont das Leder!

Erdal

für die Schuhpflege

Das zeigt, daß die früheren Schätzungen, insbesondere die Hefterische, viel zu niedrig gegriffen waren. Auch unsere Berechnung stellt nur die untere Grenze dar. Für den Vergleich des heutigen Volkseinkommens mit dem von 1913 muß man allerdings den gesunkenen Geldwert berücksichtigen, der sich in der Steigerung der Lebenshaltungskosten ausdrückt. Auf Grund der Reichsindizes ist diese Senkung des Geldwertes mit 20 bis 25 Proz. gegenüber der Vorkriegszeit anzunehmen. Für den Vergleich mit 1913 muß man daher die gegenwärtige Höhe des Volkseinkommens um ein Viertel bis ein Fünftel, also 8-10 Milliarden,

fürzen, so daß das gegenwärtige Volkseinkommen, auf der Basis von 1913 errechnet, mindestens rund 30 Milliarden beträgt. Es zeigt sich also, daß das gegenwärtige deutsche Volkseinkommen höchstens um etwa 7 Milliarden hinter dem der Vorkriegszeit zurückbleibt, wahrscheinlich aber nur um 3-4 Milliarden Mark.

Die Preisbewegung.

Die auf den Stichtag des 4. Februar 1923 berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem Stande vom 28. Januar (140,4) um 2,6 Proz. auf 146,7

zurückgegangen. Niedriger lagen vor allem die Preise für Getreide, Schweinefleisch, einige Kolonialwaren, Rindohäute, Kalbfelle, die meisten Textilrohstoffe und Nichtfermetalle. Gestiegen sind die Preise für Kartoffeln, Butter, Schmalz, Rindfleisch, Milch, Treibriementleder, Baumwolle, Baumwollgarn, Benzin und Gasöl.

Von den Hauptgruppen sind die Lebensmittel von 140,9 auf 135,5 oder um 3,5 Proz., die Industrierohstoffe von 139,6 auf 139,0 oder um 0,6 Proz. zurückgegangen.

Für den Durchschnitt des Monats Januar ergibt sich eine Steigerung der Großhandelsindexziffer von 131,3 im Durchschnitt Dezember auf 133,2 oder um 1,9 Proz.

WEISSE WOCHE

bei

JANDORF

Mengenabgabe vorbehalten

Verkauf nicht an Wiederverkäufer

heute Sonnabend Schlußverkauf

Unterfalle mit Stickerei . . . 68 Pf.	Zierschürzen mit Trägern und reicher Stickereigarnierung . . . 95 Pf.	Strümpfe f. Damen, Kunstseide, weiß, schwarz od. farb., klares Gew. 1.55	Hemden-Passen aus Klöppelspitze Maschinenarbeit. 0.48	Nachhemd für Herren, mit farbigem Besatz und Tasche . . . 4.50	Künstler-Gardinen gewebter Tüll, 3 teilig, Fenster 3.95
Damenhemd mit breitem Stickerei-Ansatz 1.45	Reinforce feinfädige Qualität, ca. 80 cm br., Mtr. 68 Pf.	Babikragen aus gutem Rip, runde, weiche Form 38 Pf.	Sportweste für Herren od. Damen, meliert mit 2 Taschen 3.75	Oberhemd farbige mit gefütterter Faltenbrust, 2 Kragen 5.90	Bettdecke gewebter Tüll 3.95
Unterrock f. Damen mit br. Stickerei - Volant 1.95	Louisiana für Leib- u. Bettwäsche . Meter 72 Pf.	Übergangshüte f. Damen Panette m. Ripsbandgarnierung 3.95	Einsatz-Hemden f. Herren, haltbare Qualität . 2.25	Tüllgardinen volle Breite Mtr. 0.78	Küchenhandtuch Gerstenkorn m. roter Kante, 45x100, gesäumt und gebündert 58 Pf.
Prinzrock mit Stickerei u. Hohlraum-Garnierung . . . 2.45	Strümpfe f. Damen, Mako mercerisiert, feinfädig, breiter Doppelrand 95 Pf.	Stiefel oder Halbschuhe für Damen, echt Chevreau oder Dozal, Original Goodyear Welt . . . 6.90	Herren-Hemden wollhaltig, mit Doppelbrust . . 2.25	Halbstores gewebter Tüll 2.95	Handtuch rein Leinen, 48x100, gesäumt und gebündert . . 98 Pf.

Belle-Alliance-Str. * Gr. Frankfurter Str. * Brunnenstr. * Kottbuser Damm * Wilmsdorfer Str.

Theater Lichtspiele
8 Uhr

Staats-Theater
Opernhaus
Die Zauberkiste
Opernhaus am Königsplatz
7 1/2 Uhr: Zar und Zimmermann
Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Wallensteins Lager
Die Piccolomini
Schiller-Theater
7 1/2 Uhr: Torquato Tasso
Volksbühne
7 1/2 Uhr: Wer wehnt um Jackknock?
Deutsch-Theater
7 1/2 Uhr: Die heilige Johanna
Sonnt. nachm. 3 1/2 Uhr: Alt-Heidelberg
Kammerspiele
8 Uhr
Der Lampenschirm
Sonnt. nachm. 3 1/2 Uhr: Frühlingserwachen
Die Komödie
Verfilmung: 10:10
7 1/2 Uhr
Sechs Personen suchen einen Autor
Sonnt. nachm. 3 Uhr: Die deutschen Kleinstädter
Theater d. Gipsbühne
8 Uhr: Das Tierchen
Komödienhaus
8 Uhr
Wir lassen uns schämen
Berliner Theater
7:30 Uhr
Annellast v. Deser

Lessing-Theater
Nur gültig heute Sonnabend, 7. Febr., nachmittags 4 Uhr, für 1-6 Personen
Schneewittchen
und die sieben Zwerge
mit Musik und Tanz
Vorstellung dieses Abends auf allen Plätzen nur die Hälfte des Kassenspreises (50, 75 Pf., 1 Mk. usw.). Umtausch d. Gutschein ab 3 Uhr an d. botn. Theaterk.

Kleines Theater
Sonnabend, 7. Febr. u. Sonntag, 8. Febr., nachmittags 4 Uhr, für 1-6 Personen
Hänsel und Gretel
das entzückende Kindermärchen
mit Musik und Tanz

Lessing-Theater
Heute nachm. 4 Uhr: Schneewittchen
Tägk. 8 Uhr: Mrs. Dot
Lepoldine Krastantin
Adels Gesellschaft, Karl Alexander, Liane, Gips, Käthe, Karl
Kleines Th.
Heute nachm. 4 Uhr: Hänsel u. Gretel
Heute 7 Uhr: Premiere Frau Lohengrin
mit Verfilmung und Later
Gisela Werber
Gisela Werber, Käthe, Gips, Karl, Käthe



Trianon-Th.
Tägk. 8 Uhr.
Einmal
Ist keinmal
von Fritz Mack
Egoni Arndt
Falkenberg, Käthe
Residenz-Th.
Heute 8 Uhr:
Eine
galante
Nacht
Rose-Theater
7 1/2 Uhr: Aschenbrödel
7 1/2 Uhr: Wilhelm Tell

Zillertal
am Moritzplatz vorm. Bugenhagen
Eröffnung: Sonnabend, den 7. Februar
Münchener Hetz v. Gaudi
„Auf der Alm gib's kos Sünd“
Bockbier-Fest
Original-Oberbayer. Musikkapellen
Kleiner Lunapark
Kolorierte Dekoration / Feenhafte Illumination
Größte Stimmung
Eintritt: frei!

Der große Film
„Aschermittwoch“
Offizierstragödie in acht Akten
Oberst von Harrach Eduard v. Winterstein
Seine Frau Olga Engl
Leutnant Jochen, sein Sohn . . . Karl Beckersachs
Jutta, seine Tochter Claire Rommer
Thea v. Kempen, Jochens Braut . Lia Eibenschütz
Tante Guste Adele Sandrock
Cecil Dumont, Theas Vormund . . . Bernd Aldor
Dietrich Wulfrath, Juttas Verlobter . Ernst Rückert
Agathe, seine Schwester Sybill Morel
Der Regimentsadjutant, Jochens Freund . . . Pietschau
Der Feldwebel With. Diegelmann
Ein Rekrut Hugo Fischer-Köpfe
Ein Einjährig-Freiwilliger Siegfried Behrisch
Das Stubenmädchen beim Oberst . . . Else Roscher
Kriminalassessor W. Rohrscheidt Karj Auen
Die große Premiere im
Primus-Palast, Potsdamer Straße
Werktags 5, 7, 9 Uhr / Sonntags 3, 30, 5, 15, 7, 9 Uhr / Vorverkauf 11-1 Uhr tägl.
Ein packendes Bild aus verklungenen Zeiten!
Der sensationelle Erfolg von Berlin!

Komische Oper
8 Uhr
Direktion: James Klein
Unsere Revue:
Das hat die Welt noch nicht gesehen
mit über 250 Mitwirkenden
Die Sensation des Berliner Theaterlebens!
Sonntag 3 1/2 Uhr
Die große Revue!
Jeder Erwachs. 1 Kind frei
zu halben Preisen
(50 Pf. bis 6 Mk.)
Vorverkauf ununterbrochen!

Varieté-Revue
Sonntags 3-6 Uhr
halbes Preis, das voll e Programm

Reichsnational-Theater
Alleabend! 8 U. b. Sonntags nachm. 3 Uhr
Steiniger Sänger
Nachmittags halbe Preise
volles Programm.
Dönhoff-Brett!
Familien-Varieté
Anf. 7 1/2 Uhr / Sonnt. 8 1/2 Uhr

Thalia-Th.
Tägk. 8 Uhr
Gas Dreimäderlhaus
Berliner Ulk-Trio
Neukölln. / Lahnstr. 74/75

Apollo-Theater
8 Uhr
Revue-Posse
Das lachende Berlin
Geber 150 Mitwirkende.
Ganz kleine Eintrittspreise
Parkett 2.50 M.

Neue Welt
Basenstraße 108-114
Heute, Sonnabend, den 7. Februar:
Bockbier-Fest
in den bayer. Alpen
und
GROSSER ALPENBALL
u. Familien - Neue Dekorationen - 30 bayer. Mad'l
Bergschloß-Bockbier
Eintritt 6 Uhr Anfang 7 Uhr
Vorverkauf! Dienstag, den 10. Februar:
Große Schweinebraterei
und **Damen-Schönheits-Konkurrenz**

Casino-Theater
Luhnerstr. 11 Tägk. 8 Uhr
Der neue
Schlager
Graj Koks
Posse in 3 Akten
Umsatz neu i. Berlin!
Volksstüml. Preise!

Müller-Revue
1923
Th. Admiralpalast
28. Woche
Alleabend! 8 1/2 Uhr
Die größte
Revue d. Welt!
„Nack und Nack“
Umsatz neu i. Berlin!
zu halben Preisen
2. Rang 1. Mal!

Central-Theater
7 1/2 Uhr: Die versunk. Glocke
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Tannhäuser
Intimes Theater
8. Kakti Abenteuer
nach dem Tode etc.

Friedrich
spricht
15. Februar, 8 Uhr
im Rathaus
Dichtungen von
Toller, Mühsam,
Dehmel u. a.

Metropol-Theater
Tägk. 7 1/2 Uhr
Gräfin Mariza
Nemes Th. am Zoo
Tägk. 9 Uhr
Wild-West-Mädel
Th. in Kommand. Str.
Tägk. 8 Uhr
Die Frau ohne Ruh
mit Molly Wessely
Fritz Spiro
Stg. nachm. 3 1/2 Uhr:
Hans Huckebain

Theater am Kottbuser Tor.
Tägk. 8 Uhr und
Sonntags nachm. 3 Uhr
Ellie-Sänger.
Der Gipfel des Humors
Die Buxe der Pandora
Volksstümlische Preise



Berliner Konzerthaus
Mauerstraße 82 („Clou“) Mauerstraße 82
Tägk. geöffnet
Vier-Uhr-Kaffee
Gesellschaftsabend / Tanz
Ausschank von Triumphator

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts“ und trotzdem billig!

Sozialrentner / Wochenhilfe / Arbeitsamt.

Die gefrigen Reichstagsdebatten.

Der Reichstag sollte gestern nachmittag die zweite Sitzung des Staats des Reichsarbeitsministeriums fort. Die dazu vorliegenden Entschlüsse sollen erst in der dritten Sitzung erledigt werden.

In der Besprechung der sozialen Fürsorge spricht zunächst

Abg. Karsten (Soz.):

Im Lande warten die Rentenzüchter, die Invaliden, deren Weisen, die Angehörigen der Knappschaftsversicherung, die früheren Staatsarbeiter auf das Ergebnis der Reichstagsverhandlungen über die Aufhebung ihrer Bezüge. Bisher sind noch nicht die Vorkriegsunterstützungen erreicht worden, die Sozialrentner haben nicht einmal das, was für die Aufrechterhaltung ihrer Existenz notwendig ist. Erditterung muß sich ihrer bemächtigen, wenn sie sehen, wie andere Leute von dem Ertrage ihrer Arbeit leben und prosperieren, während sie selbst bittere Not leiden. Im Reichstag ist Mitleid mit den Arbeitsinvaliden oft genug schon zum Ausdruck gekommen. Aber sie wollen kein Mitleid, sie wollen ihr Recht, sie verlangen eine Erhöhung ihrer Renten. Im Plenum des Reichstages ist auch oft von der großen Not der Rentenzüchter gesprochen worden, aber das muß wie ein krasser Lohn erscheinen, wenn im Ausschuss immer wieder gesagt worden ist, daß die deutsche Wirtschaft die erhöhten Kosten für die Sozialrentner nicht tragen könne. Im Sommer v. J. haben die Abg. Wobbenhauer (D. Sp.) und Leopold (DnL) das behauptet und das Reichsarbeitsministerium hat sich ihren Bedenken gegen eine Erhöhung der Renten angeschlossen. Vor der Wahl aber hat der Zentralverband der Industriellen in einem vertraulichen Rundschreiben von den Unternehmern 2 M. für den Kopf der beschäftigten Arbeiter für den Wohlfonds verlangt! Es gibt 24 Millionen Arbeiter, die der Unfallversicherung unterliegen. Die Industriellen wollten also 48-50 Millionen der Wirtschaft für ihre parteipolitisch-egoistischen Zwecke entnehmen. Die gleiche Summe hätte aber nach ihrer Behauptung im vorigen Sommer für die Erhöhung der Unfall- und Invalidenrenten von der deutschen Wirtschaft nicht aufgebracht werden können. Wenn es sich um den Wohlfonds handelt, dann ist Geld da, aber für die Erhöhung der Sozialrenten hat man kein Geld. (Zuruf rechts: Barmat!) Barmat ist ein Stümper gegen die rechtsparteilichen Reichsminister, die den Ruhrindustriellen 700 Millionen zugewendet haben. (Lebhafte Zustimmung links.) Mit den 115 Millionen Mark einmalige Ausgaben im außerordentlichen Etat geben sich die Sozialrentner nicht zufrieden, denn das macht auf den Kopf nur 6 bis 7 Mark im Monat. Sollen diese Zuwendungen noch gestaffelt werden so würde zwar ein Teil 8 bis 9 M. erhalten, die anderen dafür um so weniger. Im Ausschuss wird das noch einmal gründlich zu prüfen sein. Die Sozialrentner sind zwar das Hungern schon gewohnt, aber man soll doch den Bogen nicht überbücken. Man muß ihnen soviel gewähren, daß es einigermaßen zum Leben reicht. (Zustimmung links.) Die

Arbeiter werden gern das Opfer eines erhöhten Beitragtes auf sich nehmen, um die Sorgen der arbeitsunfähigen Kollegen zu mildern.

Wenn wir als Arbeiter diese Beitragserhöhung in bescheidenem, aber notwendigem Maße vertreten, dann müssen wir von den Unternehmern verlangen, daß sie auch bei sich dieser Erhöhung zustimmen. Man hat die Ruhrindustriellen entschädigt, aber man denkt nicht an den Schaden von 2 1/2 Milliarden Mark, den die Sozialinstitutionen während des Ruhrkampfes durch die Inflation erlitten haben. Ist es nicht ebenso notwendig, die Arbeiter zu entschädigen, die durch den Ruhrkampf in so erhebliche Not geraten sind? Gerade an der Behandlung der Arbeitsinvaliden erkennen wir das Schamlose der heutigen kapitalistischen Wirtschaft. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Der Redner schildert, wie ein geschickter blinder Arbeitsinvalid aus dem Ruhrgebiet behandelt worden ist, und stellt dazu in Gegenfah das Entgegenkommen, das die Großindustriellen gefunden haben. Man redet so viel von Wiederaufbau der Wirtschaft. Aber das

Wichtigste ist der Wiederaufbau der Arbeitskraft der Arbeiter, der Wiederaufbau der Sozialversicherung.

Es genügt nicht, nur den wirtschaftlichen Verlust der Arbeitsrentner zu entschädigen, man muß auch den Verlust an Gesundheit berücksichtigen, wofür sie freilich gar nicht entschädigt werden können. Das Arbeitsministerium bereitet jetzt einen Arbeitsrentenentwurf vor, der teilweise große Verschlechterungen bringen soll. Das genügt den Unternehmern aber noch nicht, sie drängen darauf, daß die Hälfte der Invaliden überhaupt keine Renten beziehen sollen. Trotzdem sie heute noch nicht zwei Drittel der Ausgaben von 1913 haben, verlangen die Unternehmer die Herabsetzung der Renten, damit ihre Ausgaben zurückgehen! (Hört, hört! b. d. Soz.) Menschlichkeit findet man bei ihnen nicht. Menschenleben sind ja billig, sie kosten die Unternehmer überhaupt nichts. Wir verlangen, daß die Gesetzgebung sich über den egoistischen Standpunkt der Unternehmer hinwegsetzt. Es darf nicht so weitergehen, daß

das Reichsarbeitsministerium immer die Faust des Unternehmers im Nacken

hat. Lehnliche Sabotage treiben die Unternehmer auch beim Knappschaftsgesetz. Wir fordern auch hier durchweg Erhöhung der Rentenbezüge. Es klingt wie ein Hohn, wenn die deutschnationalen Abg. Lambach und Leopold einen Antrag auf Wiedereinführung der Familienhilfe einbringen. Herr Leopold sollte doch erst in seinen eigenen Kreisen dafür sorgen, daß die Familien der Arbeitsrentner das Notwendige erhalten. Auch die Reichspensionäre verlangen die Erhöhung ihrer Bezüge mindestens auf Friedenshöhe. Will das Reichsarbeitsministerium nicht den unerhörten Zustand heiligt, daß die Invalidenrentner zur Mietzinssteuer herangezogen werden, aus der ihnen dann wieder die soziale Fürsorge zugewendet wird? Der Redner spricht zum Schluß die Erwartung aus, daß die Arbeitsinvaliden nicht immer wieder gezwungen werden, die Öffentlichkeit auf ihr Elend aufmerksam zu machen, wie vorgestern vor dem Reichstag; sie sind es ja, das Objekt der Gesetzgebung zu sein, sie wollen Subjekt sein, sie verlangen das volle Mitbestimmungsrecht. (Lebh. Beifall b. d. Sp.)

Abg. Dr. Moldenhauer (D. Sp.) verlangt gründliche Reform der Organisation des sozialen Versicherungswesens. Die daraus gewonnenen Ersparnisse können wiederum den Sozialrentnern zugute. Wesentlicher Ausbau der Angestelltenversicherung wäre auch ohne erhebliche Erhöhung der Beiträge möglich. Gegenüber dem Vordredner behauptet der Sprecher, in seinem Staat der Welt erreichten die Invalidenrenten die volle Höhe des Arbeitsverdienstes.

Abg. Frau Arendsee (Komm.) verlangt Vereinfachung der Invalidenrenten auf 56 M.

Abg. André (Z.) betont, seine Fraktion wolle mit allem Nachdruck an weiterem Ausbau der Sozialpolitik arbeiten. Für die vollkommen Erwerbsunfähigen und die Hinterbliebenen Berufstätiger muß besser gesorgt werden. Bei der Angestelltenversicherung muß die Gehaltsgrenze erhöht werden.

Abg. Fiegler (Dem.): Ziel einer Reform der Sozialversicherung müssen möglichst hohe Leistungen mit möglichst geringen Beiträgen sein. Voraussetzung dafür ist wesentliche Einschränkung der Verwaltungsausgaben. Mit der Invalidenrente von durchschnittlich 14 M. im Monat kann keiner auskommen.

Abg. Behrens (DnL): Bei der Aufwertung darf man nicht an den Trägern der Sozialversicherung vorbeigehen. Die Datskrankentassen haben sich große Verdienste erworben, man darf ihnen nicht durch die Konkurrenz vieler Sonderklassen die Existenz erschweren.

Abg. Schneider-Berlin (Dem.) begründet einen Antrag, das Angestelltenversicherungsgesetz dahin abzuändern, daß bei solchen Versicherungen, die ihre Vorkriegszeit abgelagert haben, der als Prämienreserve eingezahlte Kapitalbeitrag bei der Rentenfestsetzung angemessen berücksichtigt wird.

Das Kapitel „Sozialversicherung“ wird in der Ausschussfassung angenommen.

Abg. Luise Schröder (Soz.)

begründet den Antrag auf wesentliche Verbesserung der Wochenhilfe und Wochenfürsorge. Wir fordern zuerst Erhöhung der Mindesthöhe der Wochenhilfe um 50 Proz. Wenn wir uns darauf beschränken, so nehmen wir Rücksicht auf die Kollage der Krankentassen, die sich erst jetzt langsam von der Inflation erholen. Aber die Sozialdemokratie hat von je den Standpunkt vertreten, daß die Wochenhilfe nicht Sache der Krankentassen, sondern des Reichs sein muß. Wir beantragen zweitens Vortage eines Gesetzes, das die Wochenfürsorge aus der Fürsorgepflichtverordnung herausnimmt und wieder auf das Reich überträgt. Diese Verordnung war die Frucht einer Panikstimmung, sie hat nicht zu einer Vereinfachung, sondern zu einer Auseinanderreißung der Fürsorge geführt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir behalten uns vor, weitergehende Forderungen zu stellen. Die jetzt vorliegenden Reichsgrundzüge sind ganz unzulänglich. Wir fordern

Einführung fester Sätze für die Wochenfürsorge.

Die Keryteorganisationen haben in einer Rundgebung den Ruf erhoben, den Frauen das Recht auf Wochenfürsorge zu geben. In Uebereinstimmung damit verlangen wir, daß das Reich diese Pflicht übernimmt und daß gesetzlich für alle Frauen festgelegt wird, worauf sie Anspruch haben. Ich nehme an, daß alle Parteien dieser Forderung zustimmen werden, besonders diejenigen Parteien, die angeblich den Mittelstand vertreten, denn gerade die, die keiner Krankenversicherung angehören, leiden am meisten unter den jetzigen Zuständen.

Wir fordern drittens, daß das Washingtoner Uebereinkommen über die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft umgehend dem Reichstag zur Ratifizierung unterbreitet wird. Die Regierung will die Ratifizierung ablehnen. Das Reichsarbeitsministerium hat die schwersten finanziellen Bedenken dagegen ausgesprochen, daß 6 Wochen vor der Niederkunft die Wochenhilfe gezahlt werden soll. Es soll den Frauen also gestattet werden, 6 Wochen lang nicht zu arbeiten, aber man gibt ihnen nichts, wovon sie in dieser Zeit leben können! Der Reichstag muß dafür sorgen, daß die Bestimmungen des Abkommens so schnell wie möglich in Deutschland Gesetz werden. Die Rednerin zeigt an der Statistik,

wie Geburten und Geburtenüberschuß in Deutschland zurückgehen.

Nach erschütternder ist die Zahl der Totgeburten und der im ersten Lebensjahr Gestorbenen. Welche Summen von Mutterqualen, von Wutterschmerzen bergen diese Zahlen in sich! (Sehr wahr! b. d. Soz.) Dazu kommt die große Zahl der Fehlgeburten, in erster Linie der Frauen, die in der Industrie beschäftigt sind. Im Reichsarbeitsblatt hat Dr. Telecz-Wien festgestellt, daß im Jahre 1922 bei den rheinischen Krankentassen von den erwerbsfähigen Frauen im Alter von 20 bis 40 Jahren nicht weniger als 5 Proz. durch Fehlgeburten erkrankt waren; das ist notwendigerweise die Folge der Beschäftigung der schwangeren Frauen in der Industrie. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Erstatternde Feststellungen hat der Deutsche Textilarbeiterverband gemacht. Unser Kollege Dr. Moses hat in Grimnitzschau in einer Verammlung gesprochen, die zum großen Teil aus schwangeren Textilarbeiterinnen bestand. Nur durch rein persönliche Einladungen waren etwa 150 Frauen, die vor der Entbindung standen, hingelommen. Als Dr. Moses nicht als Politiker, sondern als Arzt zu ihnen sprach, da lösten sich die Jungen dieser Frauen. Was sie über ihre seelischen Leiden bekundeten, das war so tief erschütternd, daß es jedem Zuhörer pochen mußte. Diese Verammlung hat dann den Deutschen Textilarbeiterverband zu weiteren Feststellungen veranlaßt. Er ließ etwa 30 Lichtbilder von schwangeren Textilarbeiterinnen während der Arbeit machen. Ich lege die Abbildungen auf den Tisch des Hauses nieder. Ich hoffe, daß keiner daran vorübergehen wird, ohne gleichfalls die tiefste Erschütterung zu erleben, welche unerbittlichen Schänden die Arbeit der schwangeren Frauen mit sich bringt; sie werden gezwungen, an der Maschine zu stehen oder ihren Körper bei der Arbeit zu verrenken. Sollte es in Deutschland noch jemanden geben, der den Frauen nicht ermöglichen will, 6 Wochen vor der Entbindung von der Arbeit fern zu bleiben, der verhindern wollte, daß man ihnen für diese Zeit auch die Wochenhilfe zahlt? (Lebhafte Beifall b. d. Soz.)

In der Versammlung von Grimnitzschau wurde noch eine ganze Reihe von Forderungen gestellt. So die Schaffung von Sitzgelegenheiten, die Hinzuziehung weiblicher Gewerbeaufsichtsbearbeiterinnen und weiblicher Ärzte. Der sozialpolitische Reichstagsausschuss muß sich auch damit beschäftigen und das vom deutschen Textilarbeiterverband vorgelegte Material verarbeiten. Auf dem internationalen Textilarbeiterkongress haben diese Bilder das größte Aufsehen erregt, es war das erste Mal, daß

schwangere Frauen bei der Fabrikarbeit photographiert dargestellt

wurden. Wir wollen aber nicht warten, bis diese Forderungen erfüllt sind. Zunächst muß das Rächtsitzende, das Washingtoner Abkommen über die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft, wenn es uns auch noch nicht weit genug geht, so schnell wie möglich angenommen und durchgeführt werden. Der Etat zeigt, daß Geld für alle möglichen Ausgaben vorhanden ist. Aber was nützt alle geistige und wirtschaftliche Arbeit, wenn es uns nicht gelingt, gesunde Mütter und Kinder zu haben? Der Reichstagsler hat in seiner Erklärung gesagt, daß er sein Bestes tun werde, um das deutsche Volk der Gefährdung zu zuführen. Wenn das wahr ist, dann muß der Reichstag dafür sorgen, daß für die Mütter und Kinder mehr als bisher geschieht.

Wir müssen den Frauen die Gesundheit geben

und damit die Möglichkeit schaffen, eine gesunde Generation heranzuzüchten. (Lebhafte Beifall b. d. Soz.)

Ministerialdirektor Grisek (Reichsarbeitsministerium) erklärt, daß das Washingtoner Uebereinkommen über den Schutz der Wöchnerinnen dem Reichstages demnächst vorgelegt werden wird. Die Uebnahme der Fürsorgepflicht auf das Reich werde sich vorläufig nicht ermöglichen lassen. Es sei ein bedenklicher Weg, alle Kosten auf das Reich abzuwälzen.

Abg. Frau Dr. Lüders (Dem.) meint, solange die Fürsorgepflicht nicht generalisiert sei, müsse das Reich darauf drängen, daß die zuständigen Gemeindefeststellen ihrer selbstverpflichtenden Pflicht in dieser

Beziehung auch nachkommen, was in vielen Gemeinden bis jetzt nicht geschehe. Geschehe das nicht, dann könne man von Bevölkerungs-politik überhaupt nicht mehr sprechen. (Zustimmung der Demokraten.) Die Bestimmungen über die Wochenhilfe müßten in das Fürsorgepflichtgesetz hinein.

Verärgertes Abg. Hoch (Soz.) teilt gegenüber RPD-Bemängelungen mit, daß dem Ausschuss irgendwelche Anträge, die einschlägigen Bestimmungen zu ändern, in bländiger Form gar nicht vorgelegen haben. Eine Erhöhung der Summen hätte daher gar keinen Zweck gehabt. Die Kommunisten hätten mit ihrem Erhöhungsantrag nur Komödie gespielt. (Widerpruch der Kommunisten.) Wenn Sie (zu den Kommunisten) das nicht verstehen, müssen Sie das Stenogramm nachlesen. Ich kann nur zu Leuten sprechen, die die deutsche Sprache beherrschen. (Heiterkeit.)

Der Antrag Frau Schröder (Soz.) wird dem Sozialpolitischen Ausschuss überlesen.

Die Entschliebung des Ausschusses zur Wochenhilfe wird angenommen, kommunistische Anträge werden abgelehnt.

Zur Besprechung kommt dann die

Beteiligung Deutschlands am Internationalen Arbeitsamt in Genf.

Abg. Lambach (DnL) spricht gegen weitere Beteiligung Deutschlands am Arbeitsamt und gegen die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, das schlicht auch nur ein Bestandteil des Versailler Schandvertrages sei. (Sehr richtig! rechts.) Die Schaffung der Internationalen Arbeitsorganisation sei so eingerichtet, daß als Arbeitnehmervertreter im wesentlichen nur Marxisten in Frage kommen.

In Deutschland habe der Marxismus gründlich abgewirtschaftet.

wenn aber Deutschland seine Arbeitnehmervertreter statt aus den Reihen der Marxisten aus denen der Christlichnationalen wählen wolle, dann würden sie doch durch die Marxisten der übrigen Länder überstimmt werden. Von den 230 Angehörigen des Arbeitsamts sind ganze sechs Deutsche. Das ist die Gleichberechtigung. (Hört, hört! rechts.) Die Mitgliedschaft bei der Internationalen Arbeitsorganisation kann wirtschaftliche Strafmaßnahmen gegen einen Mitgliedsstaat, also auch gegen Deutschland bei Anerkennung von Beschwerden durch den Internationalen Gerichtshof herbeiführen. In diesem Internationalen Gerichtshof ist aber Deutschland nicht vertreten. (Hört, hört! rechts.) Da Deutschland einmal dem Arbeitsamt angehört, muß es im Interesse seiner Würde die rückständigen Beiträge nachzahlen, aber gleichzeitig für eine bessere Vertretung sorgen.

Abg. Lemmer (Dem.) hält die Mitgliedschaft für notwendig. Die deutschnationalen sind jetzt als Regierungspartei im Gegensatz zu ihren früheren Anträgen für die Beibehaltung der Mitgliedschaft. Die Rede Lambachs war nur ein Rückzugsgesetz. Auf den internationalen Konferenzen ist die deutsche Vertretung selber durch die eigenartigen Direktiven der Berliner Zentrale in eine missliche Lage gekommen. Der Redner wendet sich dann

gegen die 700-Millionen-Entscheidung an die Ruhr- und Rhein-Industrie.

Er richtet unter dem Beifall der Linken an die Industriellen die Frage, ob sie jetzt bereit seien, bei den Tarifverhandlungen auch die Wunden zu heilen, die 1923 und 1924 der deutschen Arbeitskraft geschlagen worden sind. Die Ratifizierung des Washingtoner Arbeitszeitabkommens ist notwendig. Zu einem guten Erfolg ist sie schon in der letzten Verordnung des Arbeitsministers erfolgt. Jetzt kommt es darauf an, der schematischen Verlängerung des Arbeitszeitabkommens entgegenzuwirken. (Unruhe rechts.) Die Bänderregierungen müßten angehalten werden, die jüngste Arbeitszeitverordnung aufrichtig durchzuführen. Deutschland hat das größte Interesse an der Durchführung jener

Erklärung der Internationalen Arbeitsorganisation, in der erklärt wird, Deutschlands Reparationsleistungen müßten da ihre Grenzen finden, wo sie nur noch auf Kosten der deutschen Sozialpolitik möglich wären.

Das entspricht ganz dem Britischen Grundgesetz: „Erst Brot, dann Reparationen!“ (Unruhe rechts: Macht das nur so, da machen wir mit!) Ich bin von eurer (nach rechts) Beharrlichkeit und Wandlungsfähigkeit so überzeugt, daß ich glaube, wenn Ihr in diesem Tempo fortfahrt, werden wir bald zu einer glänzenden Politik kommen. (Heiterkeit und Beifall links.)

Abg. Schlöde (Soz.)

Der Abg. Lambach hat durch seine Ausführungen aus dem Jargon, daß er die Geschichte der Internationalen Arbeitsorganisation und des Genfer Arbeitsamtes nicht vollständig beherrscht, auch über die Rolle der Gewerkschaften gegenüber diesen Einrichtungen nicht ganz im Bilde ist. Herr Lambach hat sozialdemokratischen Gewerkschaften die Führerorgane ab und fordert eine „erklärende“ Vertretung Deutschlands im Arbeitsamt; nun mit politischen Führern, wie Ludendorff und Thälmann, können wir es immerhin nicht aufnehmen. Die Angriffe, die man gegen den Vorsitzenden des Amtes, den Franzosen Thomas, gerichtet hat, sind hollus (Widerpruch rechts); er hat sich alle Mühe gegeben, den Deutschen entgegenzukommen, an seinem guten Willen ist nicht zu zweifeln. Wenn man die Gleichberechtigung der Deutschen fordert, darf man nicht gleichzeitig die Zahlung der Beiträge verweigern. Abg. Lambach hat Unstimmigkeiten in der Uebersetzung der Artikel bett. die Internationale Arbeitsorganisation behauptet; nach den Erfahrungen aus meiner Ministerzeit haben sich solche Unstimmigkeiten durch Verständigung leicht erledigen lassen.

Im Arbeitsamt wird die Parität durchaus gewahrt.

Die Arbeiterschutzpolitik wird dort von einem Deutschen, einem früheren Gewerkschafter bearbeitet. Parteilich wird also keineswegs verfahren. Die Auswahl der geeigneten Kräfte ist begrifflichweise äußerst schwierig. Die Beiträge für 1920 und 1921 sind bezahlt, erst 1922 blieben wir sie schuldig; ich weiß nicht, wo das dafür verantwortliche Karmel ist; vielleicht ist auch das auswärtige Amt nicht ganz unschuldig daran; daß wir 1923 in der Inflationszeit überhaupt zahlungsunfähig waren, bedarf keines Nachweises. Wir sind damit einverstanden, daß an die Stelle der Ausschussentscheidung auch der Antrag des Zentrums tritt.

Abg. Stegerwald (Z.) Nach unserem Antrag sollen die rückständigen Beiträge durch Nachtragsetat bewilligt werden, bei der Zahlung aber zugleich die Gleichberechtigung für Deutschland und die

Zulassung des Deutschen als Amtssprache energisch reklamiert

werden. Hoffentlich bringt das Amt für diese Ansprüche der 80 Millionen Deutscher das nötige Verständnis auf.

Hierauf wird die Beratung abgebrochen.

Präsident Löbe teilt mit, daß der Abg. Bauer (Soz.) das Mandat niedergelegt hat. Heute, Sonnabend 1 Uhr: Kleine Besprechungen, Anträge, Fortsetzung der Beratung des Haushalts des Arbeitsministeriums. Schluß 7 Uhr.

Der Papagei.

Von Frida Erdmute Vogel.

Die alte Dame ging die Lauengienstraße entlang. Und das hätte sie nicht tun sollen.

Alle Damen gehören nicht in die Lauengienstraße!

Die alte Dame ging zwar auf der verheirateten Seite, also drüben, wo die stilleren Geschäfte liegen, aber immerhin, das ganze Unternehmen war von vornherein verfehlt und ein Stillstand von ihr. Und sie benahm sich in logischer Folge davon weiterhin verfehlt und stilllos. Sie sah sich nicht die Auslagen der Geschäfte an, sie bespiegelte sich und ihr Kostüm auch nicht in den Schaufensterverkleidungen, noch lästerte sie die ihr Entgegenkommenden oder an ihr Vorübergehenden von oben bis unten mit ausdringlichen Blicken ab.

Sondern sie tat etwas ganz Sinnloses, etwas, das kein Mensch jemals in der Lauengienstraße tut: Sie sah zu dem klaren, zartblauen Herbsthimmel hinauf; sie musterte die Blumenkästen der Balkons und Voggien und stellte hierbei besiedigt fest, daß die meisten Pflanzen schon emsernt waren, denn es fror ja bereits hin und wieder des Nachts. Und dann blickte sie in die Kronen der Plantanenbäume und freute sich, daß sie, wenn auch sehr stark bereits entblättert, doch noch ziemlich dicht voller Blätter sahen und — ja, jetzt stieg die alte Dame bei ihrem friedlichen Bildergleiten, bemalte den gleichmäßigen Gang und äugte scharf und interessiert nach oben in den herblichen Wipfel eines der Bäume. Und darauf tippte sie unversehens einem an ihr vorbeireisenden Gont auf die Schulter (denn alle alten Damen von dem richtigen, aussterbenden Top empfinden sich als Mutter oder zum mindesten als Tante aller jüngeren Leute), also sie tippte und sagte:

„Sehen Sie einmal, junger Mann, sieht da nicht etwas oben im Baum?“

Der Gont, der es sehr eilig hatte und deshalb auch die verkehrte Seite der Lauengienstraße benutzte — er mußte Margot unbedingt von der rhytmischen Schönheitsplastik abholen — blieb einen Augenblick stehen und versuchte der Richtung des geflüterten Glacéhandschuhfingers zu folgen. Da ihm jedoch keine große Hornbrille das Sehen sehr erschwerte, gab er nach einigen Gesichtserenkungen das Unternehmen auf, zog mit einem tobellösen: „Bedauere, mein, den Hut und stürmte weiter.“

„Wer soll denn wo was sagen haben?“ Damit schob sich ein Elbötterjunge, der ihre Worte gehört hatte, vom Rade springend, an die alte Dame heran.

„Ja, da oben, sehen Sie doch!“

„Ach wo, ich rieche nicht.“

„Wo, was denn?“ Jetzt waren endlich ein paar Geschichts-genosseninnen zu der alten Dame getreten und gaben ein schmeig-lames Publikum für sie ab.

„Ja, wirklich, da sieht was im Baum, da ganz oben links!“

„Nein, mehr rechts!“

„Ein bißchen nach der Mitte zu.“

„Ach Gottie doch, ach Gottie doch, der arme Tierchen!“ gluckte es plötzlich mit jammernden Tönen aus einer sehr kleinen, sehr asthmatischen Frau, „hach nee, ich sage ja!“

„Was ist denn hier passiert?“ forschte sensationslüstern und neugierig ein ältliches Fräulein, und auf den Baum verwiesen konstatierte sie sofort bestimmt: „Da sitzt natürlich ein Papagei.“

„Ja, einer mit'm roten Schwanz, die sprechen am besten.“

„Ach Gottie doch, ach Gottie doch,“ sagte die mitleidige Dide wieder, „der verfrisiert sich jetzt oder wird von den Späßen jenseits.“ „Lorchen, Lorchen, komm doch, mein Lorchen,“ lachte das ältliche Fräulein jetzt.

„Da müßte einer mit 'ne Weiter ruff und ihm holen,“ begutachtete der Elbötter.

Und wirklich kam auch in diesem Augenblick ein Angestellter der Fensterputzgesellschaft „Blank“ mit einer Schiebeleiter die Straße entlanggerollt und machte natürlich bei dem schon jetzt recht umfangreichen Menschenauflauf Halt.

„Na, Gott sei Dank, endlich kommen Sie!“ sagte das ältliche Fräulein, als ob sie schon längst nach ihm geschickt hätte.

„Was is'n los?“

„Schnell, Mensch, ruff mit de Leiter, da hängt 'n Papagei am Bom, den soll'n Se runterlangen!“ brüllte der Elbötterjunge.

„Na, der geht doch nicht so einfach,“ meinte der Fensterputzer zögernd, „ich bin doch deswegen nicht herbestellt.“

„Aber pfui, seien Sie doch nicht soch ein Tierquäler!“ rief indigniert das ältliche Fräulein.

„Ach ja, junger Mann, holen Sie doch das Vögelchen herunter,“ bat die alte Dame. Und da sie einen durchaus trinkgeldstiefen Eindruck machte, schob der Fensterputzer schließlich seine Leiter auseinander und fing an heraufzuklettern.

„Hach, wenn ihm der Papagei bloß nicht die Augen aushaßt,“ sagte die mitleidige Dide, die, wie alle mitleidigen Diden, eine blutrünstige Phantasie besaß.

Aber plötzlich fing sie selber an sich die Augen zu reiben, sich abzuputzen und auszuwischen. Und alle Umstehenden mit ihr. Oben angelangt hatte der Fensterputzer nämlich aus Selbstbestrafung die Baumkrone gerüttelt und geschüttelt und so massenweise trockene Blätter und Zweigstücke in die aufwärtsgerichteten Gesichter da unten geregnet.

„Aber Mensch, man 'n bißten Vorsicht, der Tier fällt sich ja dot!“ rief der Elbötter.

„Doch es erfolgte kein Tier.“

„Ach kann ihm nicht sehen!“ telephonierte der Fensterputzer nach unten. Und als auch auf sein wiederholtes Rütteln nichts erfolgte, krieg er mit brummigem Gesicht die Leiter wieder herunter.

In diesem Augenblick durchschritt ein Aufstieher die Luft. Eine sehr kleinerprechend aussehende Köchin mit schon gerundeter Trägerbüchse hatte ihren Einholekorb läch auf das Pfäster gestellt und schlug nun die Hände sorglos zusammen: „Ach du mein Gott, unfer Paul, nun ist er doch rausgeflogen!“

„Sie vermissen also den Papagei?“ inquirierte das ältliche Fräulein.

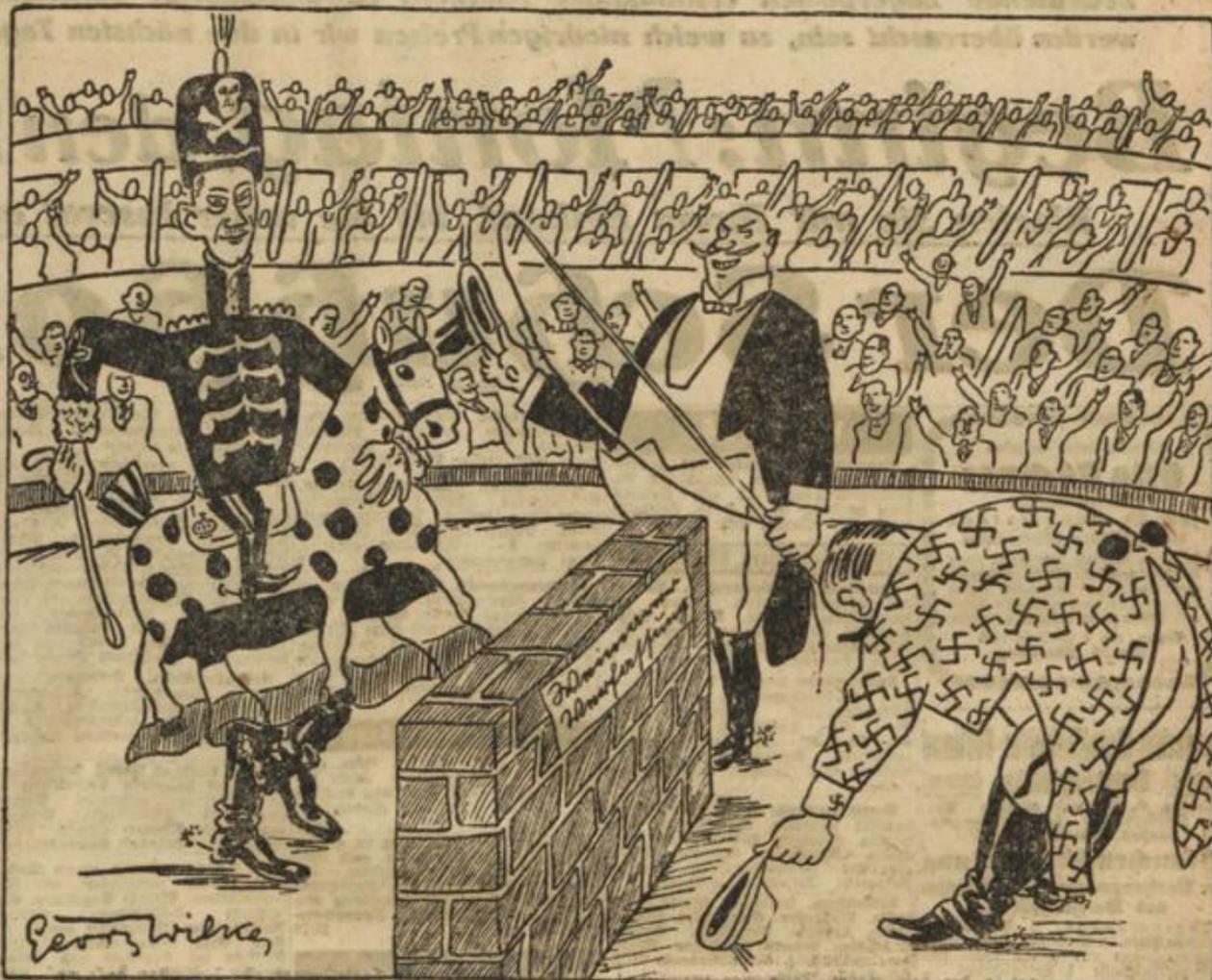
„Papagei? Ach, bewahre, unfern Paul meine ich doch, unfern Dompaffen! Ich hab' ihn gerade nur eben vor'm Einholen ein bißchen an's offene Fenster gestellt, weil die Sonne so schön schien und da muß er sich seine Tür von alleine aufgemacht haben und is rausgeflogen. Ach mein see, wenn das die Frau sieht!“

„Ach bloß 'n Dompaffe“ sagten ein paar in ihren erötlichen Empathien Geschätzte und wanderten ab.

Aber inzwischen hatte das ältliche Fräulein einen Einfall gehabt. Sie war in ein gerade in der Nähe liegendes optisches Geschäft gestürzt und hatte jetzt, mit triumphierender Miene ein Opernglas schwingend, das ihr der verdunte, unter ihrer unglückseligen p-fammmentlühende Lederreißiger gesehen hatte.

Zirkusspiel.

Der ehemalige Kronprinz hat sich kürzlich im Breslauer Zirkus Busch an einer politischen Demonstration des schieflichen Coob-bundes beteiligt.



Wißt du im Zirkus denn partout den August spielen: nun, man zul Man sieht sich das Spektakel an und denkt: na, hops du man!

Doch willst du, Freund, die Kaptiven etwa auch drauhen wiederholen, dann pass' gut auf: denn solchenfalls bricht man sich leicht den Hals!

O. K.

„Ja, ja, nun sehe ich ihn ganz deutlich!“ rief sie und schraubte in ihrer Aufregung das Glas immerzu heraus und herein. In Wirklichkeit konnte sie nicht das Geringste unterscheiden.

Daraufhin wagte der Fensterputzer nicht mehr zu opponieren; und abgleich ihm die Rolle der modernen Geier-Wally gar nicht zu liegen schien, bestieg er zum zweiten Male seine Leiter. Er schlug sich oben tapfer mit der Baumkrone herum, indem er mit der Linken die festgenähten Augen beschützte; denn er hatte für sich die Streitfrage hie Dompaffe — hie Papagei — noch nicht gelöst.

Mittlerweile wanderte das Glas da unten von Hand zu Hand. Und jeder, der durchsah, machte ein etwas verlegenes Gesicht und keelte sich, es wortlos schnell weiterzugeben, um sich selbst möglichst schnell und unbemerkt zu entfernen.

Als der Fensterputzer endlich eine Pause in seinem wilden Geschüttle eintreten ließ, schickte die Augen ausvorsichte und nach unten sah, hatte sich der Menschenauflauf vollständig verkrümelt. Keiner der Eisigen von norhin war mehr vorhanden; alle hatten sich gedrückt.

Als Einziger und Lehner war nur noch der Elbötterjunge zurückgeblieben. Auch er sah bereits fahrbereit auf seinem Rade, nur der rechte Fuß stemmte sich noch gegen die Bordschwelle.

„Na nu kommen Se man wieder runter,“ rief er dem Fensterputzer nach oben zu, „wissen Se was bei jenen is — einfach 'n Blatt, 'n ganz jewechnigliches rotes Blatt, was sich 'n bißten zusammengerollt hatte. Da unten heißt's, Se haben et ebend selbst runtergeschüttelt. Nehm Se sich's man mit un lejen Se sich's in's Zefangbuch zum Andenten. Man muß ebend nich Imma gleich uff de Bäume klettern, junger Mann!“

Und darauf stieß er sich schleunigst mit kräftigem Schwunge von der Bordschwelle ab und verschwand unter rasendem Getöse um die nächste Straßenecke.

Das Auge... ein Radioapparat.

Der berühmte englische Physiker der Oxford Universität, Prof. Oliver Lodge, hat über das Wesen der Lichtwirkung auf das Auge und über den Sehprozess, der durch die Nerven dem Auge vermittelt wird, eine höchst bedeutsame Untersuchung angestellt, die nicht nur ganz neue Theorien über die Natur des Auges, sondern auch Aufklärung über den inneren Vorgang der Strahlenwirkung auf die Materie gibt, und die zusammengefaßt folgendes Ergebnis gehabt hat.

Die Frage war für Prof. Lodge die, welche Vorgänge im menschlichen Auge zusammenwirken, damit ein beleuchteter Gegenstand der Außenwelt auf die Sehnerven den zum Sehen notwendigen Reiz ausübt. Wir wissen, daß das Auge eine Art Camera obscura ist, d. h., daß die Vorgänge in der Außenwelt sich mit Hilfe der Linse auf der Netzhaut abwickeln und dadurch dem Menschen als Bilder ins Bewußtsein kommen. Der Mensch nennt das: sehen. Nun ist aber mit diesem Vorgang, der dem Prozeß in einer photographischen Kammer ähnlich ist, noch nicht erklärt, in welcher Weise das Bild der Außenwelt überhaupt in das Auge gelangt und wie es kommt, daß die Lichtstrahlen, die auf irgendeinen Gegenstand fallen, derart wirken, daß sie die Nerven zu einer Bewußtwerdung der Vorgänge innerhalb des menschlichen Gehirns zwingen. Es besteht also ein Unterschied in der Fragestellung. Die eine bereits geklärte Frage wird dahin beantwortet, daß das Auge wie eine photographische Kammer wirkt, in das Licht der Welt in das Auge fällt. Ungeklärt ist aber noch die Frage, auf welche Weise das Bild der Welt in das

Auge fällt. Prof. Lodge erklärt nun auf Grund seiner Untersuchung, daß nach seinen Feststellungen das Licht, das auf die Gegenstände fällt, die Atome der Gegenstände reizt. Durch diesen Reiz werden Elektronen von den Atomen abgeschleudert, und zwar mit einer Geschwindigkeit von ungefähr 300 000 Kilometern in der Sekunde. Diese Elektronen treffen nun mit ungeheurer Kraft, soweit sie bei ihrer minimalsten Ausdehnung überhaupt wirken können, auf die Sehnerven des Menschen und reizen dadurch die Nerven zu einer Tätigkeit, die sich als Lichtempfindung ausdrückt. Da aber diese Lichtwirkung auf kurze Wellen zurückzuführen ist, so stellt sich das Auge des Menschen als ein regelrechter Aufnahmeapparat für Radiowellen dar, denn die kurzwelligen Energien sind nichts weiter als eine Art Radiowellen. Wir erkennen daraus, daß das Auge des Menschen eine Kombination, und zwar von radio-elektrischem Aufnahmeapparat und von Camera obscura ist. Der erste Vorgang des Sehens wird dem Menschen bewußt durch die Eigenschaft des Auges als Aufnahmeapparat, da diese Eigenschaft die Lichtempfindlichkeit der Nerven betrifft, und der zweite Vorgang des Sehens erfolgt in der Art der photographischen Kammer.

Diese neue Theorie vom menschlichen Sehen erscheint äußerst fruchtbar, da sie sich auf jüngste Feststellungen der Physik vom Wesen der Materie stützt und auch die neuesten optischen Gesetze in ihren Zusammenhängen berücksichtigt. Wie die Medizin über die Gestaltung und Entwicklung der Persönlichkeit des Menschen Aufschlüsse gemacht hat und somit in das Gebiet der Philosophie eintritt, so greift hier die Physik auf Grund ihrer Experimente in das Gebiet der Medizin, und es scheint, als ob alle Wissenschaften allmählich in einen sehr engen Zusammenhang treten.

Mollère und Jichotte. Im Jahre 1803 erschien in Zürich, vom Publikum wenig beachtet, im Verlage von Heinrich Gessner eine Rollere-Ausgabe in 6 Bänden, die den letzten Roman des Heinrich Jichotte nach Heransteller hatte. Heute ist das Werk verschollen, und nur der Bücherkammer betrachtet es mit Liebe und Zärtlichkeit. Jichottes Rollere ist nicht der Vantus der Franzosen, er ist zurechtgeschaffen nach den Mustern eines Johnduberts, das in Gessners Köhlen, in Gesslers Fabeln heimisch geworden war. Nur behäuflich, nur nicht anstößig, nette, welche Namen wählen, das ist die Aufgabe, die unter Heberleuer sich gestellt und die er erfüllt hat. Kein Jichotte liegt Rollere nicht wie wir ihn lieben, als den schätzbarsten Empfänger der französischen Komödie, als den mitleidigen Geißler der Schwächen seiner Zeit. Dazu war das empfindsame Jichotte noch nicht lange genug im Ortus verschwunden. Jichotte klagt, wo wir bewundern; er mildert, wo wir das Original lachen; er verteidigt, wo wir nichts der Verteidigung Bedürftiges erblicken. In seiner Laune machte Mollère aber nicht nur den Herzien, sondern der ganzen Arzneywissenschaft den Krieg. Er hält sie geradezu für Betrügerei. Dieser Meinung waren wir nicht. Man muß es mit den Restulapen nie ganz verderben; sie haben fürchterliche Waffen in den Händen. . . . Und teufel, wie er ist, läßt er auch die Künstler spritz fort; sie ist zu rauß für seine zarte Haut. Wir aber wollen ihm dankbar sein, denn er hat uns ungewollt in seiner Rollere-Ausgabe einen prächtigen Spiegel seiner Zeit geschenkt. B. B.

Der Hut als Ehreng. In Korea unterscheidet sich der verheiratete Mann durch ein sehr auffälliges Zeichen vom Junggesellen. Er allein darf nämlich einen Hut tragen, was dem Unverheirateten, und wenn er noch so alt und ehrwürdig ist, niemals gestattet würde. Dieses sichtbare Merkmal der Ehe ist ein schwarzer, hoher Nachhut, der mit langen Bändern unter dem Arm festgebunden wird. Das Haar des Hutträgers wird gleichzeitig in ein Koffhaarnetz eingewickelt. Der Unverheiratete dagegen muß den Kopf geschleiert und in einem Jagt geklopft tragen.

Schuhwaren-Massenverkauf

Wir haben große Mengen Schuhwaren in allen möglichen Ausführungen für Herren, Damen und Kinder, darunter bedeutende Lagerposten erstklassiger Fabriken zu unglaublich günstigen Bedingungen übernommen. Sie werden überrascht sein, zu welchen niedrigen Preisen wir in den nächsten Tagen diese Ware zum Verkauf bringen

Beginn: Montag, den 9. Februar

Warten Sie mit Ihrem Einkauf, bis Sie unser Inserat am Sonntag gelesen haben

Der Schuhhof

Berlin W 9, Linkstraße 11
Charlottenbg.: Wilmersdorfer Str. 117
Spaniaus Breite Straße 22

ink. Th. David

Unserm lieben Genossen
Otto Büchner
Richtofenstr. 22
zum 60. Geburtstag
die herzlichsten Glückwünsche
Wäge es unserem bewährten alten
Kämpfer vergönnt sein, in bleibender
Gesundheit an der Seite seiner
lieben Gattin noch recht viele Jahre
zum Wohle unserer Vögel zu wirken
Berlin, den 7. Februar 1925
Die 34. Abteilung

Verkäufe

Reinwandmaschinen für Hand-
druck und Gewerbe, Zeilochs, Re-
pocour-Werkstoff für alle Sorten
Emil Wolfarth & M. H. S. Fried-
straße 55a, Berlin SW 6.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Reinwand zu Damen- und Herren-
bekleidung, Damen- und Herren-
hemden, Wäsche, Betten, Zeile,
Korsetts, Stippdecken in bezaubernder
Ausführung. Kaufhaus Friedrich-
berg u. Co., Tuchstraße 11, I. Etage.

Damenmäntel direkt ab Werkstoff 1.-
2.-, mit Pelz 3.-, 4.-, 5.-, 6.-, 7.-, 8.-,
10.-, 12.-, 15.-, 20.-, 25.-, 30.-, 35.-,
40.-, 45.-, 50.-, 55.-, 60.-, 65.-, 70.-,
75.-, 80.-, 85.-, 90.-, 95.-, 100.-
Tuchstraße 11 (Dettlager Straße) 9 bis
7 Uhr.

Geschäftsverkäufe

Gelbes mit 3 Stagen Leder, gute
Schuhe, bei Übernahme sofort für
8000 Mark bei 4000 Anzahlung veräu-
fert. H.
Tuchstraße 11, I. Etage.

Kaufgesuche

Wollknäuel, Scherwolle, Schaf-
wolle, Kammwolle, Zwirn, Garn,
Kordel, Seil, Tauwerk, etc.

Arbeitsmarkt

Stellungsangebote
Kaufmann, Verkäufer, etc.

Gips-Bildhauer

od. Werkstatt-Stuttaleur
gesucht
Carow & Co.
Rostock

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Achtung! Werkzeugmacher Achtung!
Montag, 9. Februar, abends 7 Uhr,
im Dorettepalast des Verkehrs-
hauses, Dinslage, 83 85:

Branchenversammlung

der Werkzeugmacher, Scherfbleifer
und Werkzeugmacher.
Tagesordnung: 1. Vortrag des
Kollegen Kistner, 2. Diskussion über
Angehörigen und unsere Lohn- und
Arbeitsverhältnisse 4. Bericht des
Kollegen Kistner über die
Arbeitslosenfrage.
Die Kommissionmitglieder müssen um
4 Uhr anwesend sein.
Die Ortsverwaltung.

Möbel

Speiser, Herren-, Schlaf-
zimmer, Küchen, Klub-
garnituren, Hängemöbel
äußerst preiswert
Auf Wunsch Zahlungszielsetzung
S. Dorn, Berlin
Weinmeisterstr. 9

Möbel

Wohnzimmer, Esszimmer, Schlaf-
zimmer, etc.

Musikinstrumente

Violen, Violinen, Gitarren, etc.

Fahrräder

Neu, gebraucht, etc.

Frauen u. Mädchen

über 18 Jahre alt, von gutem Aus-
sehen, etc.

Möbel

Speiser, Herren-, Schlaf-
zimmer, Küchen, Klub-
garnituren, Hängemöbel
äußerst preiswert
Auf Wunsch Zahlungszielsetzung
S. Dorn, Berlin
Weinmeisterstr. 9

Möbel

Wohnzimmer, Esszimmer, Schlaf-
zimmer, etc.

Musikinstrumente

Violen, Violinen, Gitarren, etc.

Fahrräder

Neu, gebraucht, etc.

Fahrräder

Neu, gebraucht, etc.

Geschäftsführer

für unser 1920 gegründetes Buchdruckerei-
und Verlagsunternehmen
„Verlagsanstalt Volksblatt“, Detmold
(S. P. D.)
zum 1. April d. J. gesucht. Das Unternehmen
befindet sich in einer guten und gesicherten
Entwicklung, es erfordert eine zielbewusste
und energische Persönlichkeit.
Bewerbungen mit Referenzen und Gehalts-
ansprüchen werden an den Arbeitssekretär
Gottfried Detmold, Volksblatt, erbeten.

WEISSE WOCHE

Wir bringen in dieser Woche Schuhe aller Art welche z. T. eigens für diesen Zweck aufgestapelt,

Mengenabgabe vorbehalten - Verkauf nur soweit Vorrat

Herren-Artikel

Oberhemden 4⁹⁰
Oberhemden 5⁹⁰
Stehumlegekragen 75⁹⁰

Bijouterien

Geldbörsen 95⁹⁰
Pompador 1⁹⁰
Tangotasche 4⁹⁰

Damen-Taschen

6⁹⁰

zu enorm billigen Preisen zum Verkauf

Trikotagen

Damen-Hemdchen 1⁴⁵
Damen-Hemdchen 1⁷⁵
Damen-Hemdchen 1⁹⁰
Damen-Hemdchen 2⁹⁰
Sport-Tellermützen 2⁹⁰
Herren-Einsatzhemden 2²⁵
Damen-Prinzessröcke 4⁹⁰

Strümpfe

Damen-Strümpfe 1²⁵
Damen-Strümpfe 1⁵⁰
Herren-Socken 95⁹⁰
Herren-Socken 1¹⁰
Kinder-Söckchen 50⁹⁰
Kind-Söckchen 75⁹⁰

Kinder-Strümpfe

1x1 gestrickt, haltbar 58⁹⁰
Qualität Gr. 1-4 78⁹⁰ Gr. 5-7 98⁹⁰ Gr. 8-11 98⁹⁰

Parfümerien

Hertie-Lilienmilchseife 1²⁰
Russische Eau de Cologne 90⁹⁰
Parfümerzerstäuber 1⁴⁰
Parfümerzerstäuber 1⁷⁵
Parfümerzerstäuber 2⁰⁰
Bein-Zahnbürsten 35, 45, 60⁹⁰
Kopfbürsten 1⁹⁵

Handarbeiten

Kissen 1⁰⁰
Mittendecken 1⁴⁰
Mittendecken 2²⁵
Nachttischdecken 60⁹⁰

Seide

Helvetia-Seide 3⁹⁰
Kunstseidentrikot 5⁹⁰

Damen-Hemdbluse

3⁹⁰

HERMANN TIETZ